

# POLIZEI REPORT

G 6789

ISSN 1869-6805

Nr. 146 · März 2015



WIR HABEN  
GENUG  
OPFER  
ERBRACHT

Schwarz -- Grün  
trägt die öffentliche  
Sicherheit  
zu Grabe!

ES LIEGEN  
IM STERBEN:

- Der Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung durch Kürzungen von 20 Mio. € bei der Beihilfe
- Die Anpassung der Gehälter an die allgemeine Lohnentwicklung durch eine Nullrunde und ein ...
- ... Stellenstellen bei der Stellenabbau

Gewerkschaft der Polizei

Mehr Polizei auf die Straße. Dienstausrechte erhalten werden

42 Std. Woche

DER TERROR  
WÄCHST.  
DIE POLIZEI SCHRUMPF...  
147,5 Angestelltenstellen sollen gestrichen werden  
WER MACHT DIE ARBEIT  
Stoppt den Stellenabbau

Gewerkschaft der Polizei

TATÜ TATA - NiX mehr da!

# INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

# POLIZEI REPORT



## AUF EIN WORT...

### LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,

So oder so ähnlich ging es bestimmt schon einigen:

Vor kurzem kam ein befreundetes Paar mit der Frage auf mich zu, ihr Sohn Lukas hege den Wunsch, nach dem Abitur zur Polizei zu gehen und dort seine Ausbildung zu machen. Ich fragte im Gegenzug, ob Lukas daran interessiert ist, in Hessen zu bleiben, oder ob er auch gewillt ist, in einem anderen Bundesland zur Polizei zu gehen.

Schade, dass ich inzwischen so antworten muss, aber die Eltern wollten ja eine ehrliche Meinung hören!! Die Frage, warum ich keinem jungen Menschen mehr empfehlen kann zur hessischen Polizei zu gehen, kann bestimmt jeder von euch sofort auch beantworten.

Auf ein Wort	3
Aktuelle Urteile	7
TATÜ TATA - Nix mehr da	12
Demo in Wiesbaden - Wir wehren uns	15
Neujahrsempfang beim DGB	17
Polizei im Spannungsfeld	19
Melkkuh der Nation	21
Unterschiede bei der Dienstbekleidung	25
Aus dem Tarif	27
Ausflüge und Termine	29
Solidarität zeigen	31
Ehrungen	32
Nachruf	35
Jubilare	37
Gewerbe- und Gesundheitsaufsicht	39
Tarifbeschäftigte der POB	43
Gedanken eines Familienvaters	45
Weihnachtsfeier der Senioren	48
Ankündigung JHV Senioren	49
Unterschriftenaktion	51
Klausurtagung der Junge Gruppe	53
Personalversammlung	55

# mit a n n a

Ein Teil der Unzufriedenheit erfolgte aus dem wenigen Vertrauen in eine Landesregierung, die für mich keine Verlässlichkeit mehr hat. Alles das, für was unserer Gewerkschaftsgroßväter gekämpft hatten, wurde mit einem Federstrich (guts-herrenartig) zunichte gemacht.

Die Beförderungsproblematik, der dauerhafte Stellenabbau im Beamten- und Tarifbereich, die zunehmende Arbeitsverdichtung, die immer steigende Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei, haben bereits jetzt zur „Inneren Kündigung“ bei zahlreichen Kolleginnen und Kollegen geführt.

Die innere Sicherheit ist in den vergangenen Jahren fast „kaputtgespart“ worden.

Es gibt bundesweit ca. 550 gewaltbereite Salafisten, die in die Kriegsgebiete Syrien und den Irak ausgereist sind. Dort wurden diese an Waffen und Sprengstoffen beschult. Von diesen zuvor Ausgereisten sollen zwischen 180 und 200 wieder nach Deutschland zurückgekehrt sein. Dieser Personenkreis muss meiner Ansicht nach intensiv überwacht werden, weil von diesem eine akute Gefahr ausgeht.

Und natürlich auch hier in Frankfurt. Ich darf in dieser Situation auf keinen Fall nur einen kleinen Funken des Gedankens an Stellenabbau haben.

Einen Stellenabbau, egal ob im Tarif- oder Beamtenbereich, ist nicht nachzuvollziehen.

Vor wenigen Tagen kam in den Nachrichten, dass die Landesregierungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auf die wachsende Terrorgefahr reagieren und zusätzlich Stellen schaffen.

Es dauert aber drei Jahre bis diese zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten ihre Ausbildung beendet haben. Aber es wird in diesen Bundesländern über Alternativen um die momentane Arbeitsbelastung zu verringern wenigstens diskutiert. Bei uns in Hessen werden eher Dinge unternommen, die uns das Leben schwerer machen: Erlass über den Negativbescheid der Höhergruppierung von Wachpolizisten, Kürzungen der Beihilfe, Lohndiktat usw.

In einer kürzlich erschienenen Studie vom DGB über die Personalkosten im öffentlichen Dienst ist zu lesen, dass

die Personalkosten seit 1970 stabil sind. Die Staatsverschuldung ist hingegen im selben Zeitraum gestiegen.

In Diskussionen wird der öffentliche Dienst nicht selten als ineffizienter Kostentreiber und als Grund für eine steigende Staatsverschuldung gesehen. Dies wird in der Studie des DGB eindeutig widerlegt und die Politik von ihren Lügen enttarnt.

Nun haben wir als Polizeibeschäftigte des Landes Hessen in den vergangenen Jahren mehrfach unseren Beitrag zur Reduzierung der Neuverschuldung beigetragen. Wir haben Verzicht geübt in der zeitlichen Verschiebung der linearen Gehaltserhöhungen, im Wegfall der Einmalzahlung, in der Streichung des Urlaubsgeldes, im Einfrieren von Zulagen, in der Absenkung des Weihnachtsgeldes und in der Erhöhung der Wochenarbeitszeit. Dies hat aber auch gar nichts mit Wertschätzung unserer Arbeit, die in den politischen Sonntagsreden so hochgelobt wird, zu tun.

Wertschätzung wäre es auch für mich gewesen, wenn ein Verantwortlicher der Landesregierung bei der Demonstration der GdP am 15.12.2014 in Wiesbaden oder Kassel sich hätte sehen lassen, anstatt werbewirksam die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und –beamte in den Medien zu verkaufen. Nach wie vor gibt es keine belegbaren Gründe für die Kennzeichnungspflicht. Täglich werden Kolleginnen und Kollegen angegriffen und verletzt. Anstatt wirksam gegen verummte Straftäter vorzugehen und uns in allen Fällen Rechtsschutz zu

gewähren, werden wir alle unter Generalverdacht gestellt. Danke!

Im Gegensatz zur klassischen Märchenwelt, deren Erzählungen sich meist über mehrere hundert Jahre halten, hat die politische Märchenwelt immer nur eine begrenzte Haltbarkeitsdauer. Und das ist auch gut so.

Schade Herr Beuth, gerne hätten wir Sie zur diesjährigen Personalversammlung des Polizeipräsidiums Frankfurt begrüßt.

Letztes Jahr konnten wir ihre Absage noch damit begründen, dass Sie erst neu in ihr Amt eingeführt wurden. Viele Kolleginnen und Kollegen hätten gerne dieses Jahr die Gelegenheit genutzt, um ihnen persönlich ein paar Fragen zu stellen.

Vielleicht klappt es im dritten Anlauf bei der Personalversammlung 2016.

Zum Abschluss noch was Erfreuliches:

Ich begrüße ganz herzlich alle Neuzugänge in Frankfurt, unter anderem auch unseren neuen Vizepräsidenten Dr. Seubert. Wir freuen uns über die personelle Verstärkung und wünschen allen alles Gute.

Im Ausblick auf die Eröffnung der EZB im März 2015 wünsche ich uns allen ein gutes Gelingen. Wir werden auch dieses Mal wieder eine umfangreiche GdP-Einsatzbetreuung gewährleisten.

Eure Karin



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Frankfurt  
der Gewerkschaft der Polizei und der  
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für den Großraum Frankfurt am Main

#### Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün  
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

#### Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,  
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
Geschäftsführer: H. R. Jud

#### Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

#### Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Oliver Jochum

#### Redaktion/Redaktionsanschrift:

Karin Schäfer (V.i.S.d.P.)  
Petra Moosbauer, Wolfgang Link  
Gewerkschaft der Polizei, BZG Frankfurt  
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt/Main  
Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.  
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
(ISSN 1869-6805)

# AKTUELLE URTEILE

## FÜR DEN PRIVATEN UND DIENSTLICHEN GEBRAUCH

### BGH RÜGT WERBUNG DER OPTIKER

Eine zweite Brille ohne Mehrkosten – damit werben Optiker gerne. Aber das ist nicht erlaubt, entscheidet der Bundesgerichtshof. Das Gericht will Kunden vor sich selbst schützen. Der Bundesgerichtshof hat Optikern die Werbung mit Gratis-Brillen erschwert. Sie dürften für den Kauf einer Brille nicht mit einer als Geschenk präsentierten „kostenlosen Zweitbrille“ werben, entschied der BGH. In solchen Fällen handele es sich um eine unzulässige Werbegabe. Es bestehe „die Gefahr, dass sich Verbraucher zum Kauf der angebotenen Sehhilfe allein wegen des Geschenks einer Zweitbrille entschließen“ und ihre Kaufentscheidung nicht ausschließlich an ihren gesundheitlichen Belangen ausrichteten.

Az. I ZR 26/13 BGH

### SCHULE IST TEIL DES KINDES- WOHLS

Eltern können das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren, wenn diese nicht regelmäßig zur Schule gehen. Das Oberlandesgericht Hamm hat entschieden, dass der Schulbesuch notwendiger Bestandteil des Kindeswohls ist. Im konkreten Fall ging es um ein sechsjähriges Kind mit einer Hochbegabung. Eltern riskieren Sorgerecht, wenn Kind nicht zur Schule geht. Zum Kindeswohl, für den die Eltern verantwortlich sind, gehört der regelmäßige Schulbesuch. Kommen die Eltern dem nicht nach, kann ihnen mindestens teilweise das Sorgerecht entzogen werden. Das hat das Oberlandesgericht Hamm entschieden. In dem verhandelten Fall wurde bei einem sechsjährigen Jungen eine Hochbegabung festgestellt. Aufgrund dieser Hochbegabung wurde er von einer Integrationskraft betreut. Die Unterstützung durch den Integrationshelfer endete im zweiten Schuljahr aufgrund von Konflikten zwischen der Mutter und dem Institut, das den Integrationshelfer gestellt hatte. In der Folgezeit hatte der Junge weiterhin massive Probleme in der Schule. Er gefährdete sich und andere, war unkonzentriert, unruhig und vergesslich. Er ging nicht mehr regelmäßig zur Schule. Hilfe lehnte die Mutter ab, die das alleinige Sorgerecht hatte. Das Gericht

stellte eine Kindeswohlgefährdung fest, da der Junge nicht zur Schule gehe. Die Richter entzogen der Mutter das Sorgerecht für die Bereiche Schulangelegenheiten und Gesundheitsfürsorge. Außerdem entzogen sie ihr das Aufenthaltsbestimmungsrecht, um das Kind eventuell stationär unterbringen zu lassen. In einem Hauptsacheverfahren wollen die Richter nun klären, ob der Mutter das Sorgerecht in diesen Bereichen dauerhaft und unter Umständen für weitere Bereiche entzogen werden sollte.

Az.: II-4 UFH 1/14, 4 UFH 1/14 OLG Hamm



### KEIN TAGEGELD BEI EINGLIEDERUNG

Wer nach längerer Krankheit in den Beruf eingegliedert wird, bezieht weiter Krankengeld – Anspruch auf zusätzlich gezahltes Krankentagegeld besteht allerdings nicht. Dies urteilte ein Gericht. Nach längerer Krankheit hat ein Arbeitnehmer Anspruch auf Wiedereingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsalltag. Zwar bezieht er in dieser Zeit weiterhin Krankengeld von der Krankenversicherung, jedoch kein Krankentagegeld aus der privaten Krankenversicherung. Ein Industriekaufmann in leitender Führungsposition erkrankte an einem Burnout und war fast sieben Monate krankgeschrieben. Dann arbeitete er zunächst drei Stunden täglich sowie ab der dritten Woche sechs Stunden. Er bezog weiterhin Krankengeld von der Krankenkasse. Zusätzlich forderte er aber noch Krankentagegeld. Das Gericht war der Ansicht, mit dem Krankengeld sei

der Mann ausreichend abgesichert. Dies müsse gezahlt werden, da ein Arbeitnehmer bei der Wiedereingliederung keinen Lohnanspruch habe. Um einen Krankentagegeldanspruch zu haben, müsse man jedoch arbeitsunfähig sein, man dürfe also seinen Beruf in keiner Weise ausüben können. Arbeitsunfähig sei, wer in seinem Beruf aufgrund seines Gesundheitszustandes überhaupt nicht mehr tätig sein könne. Durch die Maßnahmen der Wiedereingliederung werde der Arbeitnehmer wieder an den Arbeitsalltag herangeführt.

Az.: 20 U 119/13 OLG Köln

### ARBEITGEBER DARF ELTERNZEIT- ZEIT NUR SELTEN ABLEHNEN

Beschäftigte müssen es nicht akzeptieren, wenn der Arbeitgeber einen Antrag auf Elternzeit leichtfertig ablehnt. Dem müssen zwingende Hindernisse entgegenstehen. Und was zwingend ist, legen die Gerichte eng aus. Arbeitgeber dürfen eine Elternzeit nur selten ablehnen. Das geht aus einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz hervor. In dem verhandelten Fall hatte eine regionale Verkaufsleiterin geklagt. Sie wurde im Juli 2011 Mutter und wollte bis Juli 2013 in Elternzeit gehen. Für einen Zeitraum der Elternzeit beantragte sie eine Teilzeitbeschäftigung. Das lehnte der Arbeitgeber wegen dringender betrieblicher Gründe ab. Er argumentierte, dass auf der Stelle eine ständige Erreichbarkeit erforderlich sei. Außerdem seien die Kosten für zwei Teilzeitkräfte unverhältnismäßig hoch. Die Frau klagte und erhielt in erster und zweiter Instanz Recht. Die Ablehnungsgründe für eine Elternzeit müssen von erheblichem Gewicht, sozusagen zwingende Hindernisse sein, erläuterten die Richter. Das sei hier nicht der Fall. Der Gesetzgeber erwarte vom Arbeitgeber, betriebliche Schwierigkeiten, die sich aus einer Elternzeitabwesenheit ergeben, zu bewältigen. Genauso wenig leuchtete dem Gericht ein, dass der Einsatz von Teilzeitkräften zu Störungen führt. Die in diesem Zusammenhang genannte ständige Erreichbarkeit sei vorhanden. Die Mitarbeiterin habe ausdrücklich angeboten, an allen Tagen der Woche erreichbar zu sein.

### Az.: 3 Sa 390/13 LAG Rheinland-Pfalz RECHNUNG UND SIM-KARTE SIND KOSTENLOS

Ein Mobilfunkanbieter darf weder eine Gebühr für eine per Post verschickte monatliche Handyrechnung verlangen, noch Pfand für die SIM-Karte aufrufen. Die Verbraucherzentral/Bundesverband (vzbv) hatte gegen einen Provider geklagt. Für per Post versendete Handyrechnung sollte laut Vertrag eine Gebühr in Höhe von jeweils 1,50 Euro in Rechnung gestellt werden. Die Richter am Oberlandesgericht Frankfurt erklärten die entsprechenden Posten im Preisverzeichnis für ungültig. Vor allem für Kunden ohne Internetzugang, die die Rechnung nicht über das Kundenportal des Providers abrufen können, stellen die Kosten für eine Rechnung per Post eine unangemessene Benachteiligung dar. Außerdem liegt es allein im Interesse des Unternehmens, dem Kunden eine Rechnung zu stellen, ergänzen ARAG Experten. Auch die AGB-Klausel in den Mobilfunkverträgen des Providers, wonach ein „Pfand“ für die SIM-Karte in Höhe von 29,65 Euro verlangt wird, ist unrechtmäßig. Die zuständigen Richter waren der Meinung, dass selbst wenn der Nutzer die Karte behält, dies kein erkennbarer Schaden für den Anbieter darstelle, der einen pauschalen Schadensersatz von 29,65 Euro rechtfertigt.

Az.: U 26/13, OLG Frankfurt am Main

### MEHR UNTERHALT WEGEN DIENSTWAGEN

Wird einem unterhaltspflichtigen Arbeitnehmer ein Dienstwagen auch zur privaten Nutzung zur Verfügung gestellt, erhöht sich sein unterhaltspflichtiges Einkommen. Im verhandelten Fall stritten die Beteiligten (getrennt lebende Eheleute) über Trennungsunterhalt. Dem unterhaltspflichtigen Ehemann steht ein von seinem Arbeitgeber finanziertes Firmenfahrzeug auch zur privaten Nutzung zur Verfügung. Dieses setzt der Ehemann unter anderem bei Besuchen der gemeinsamen, bei der Ehefrau lebenden Tochter ein. Das Fahrzeug wird mit einem Betrag von 236 Euro brutto auf den monatlichen Gehaltsabrechnungen des Ehemanns einkommenserhöhend aufgeführt und sodann als Nettobetrag vom Gesamtbruttoeinkommen abgezogen. Der Ehemann meinte nun, dass ein Pkw-Vorteil bei der Berechnung des ihm monatlich zur Verfügung stehenden Einkommens nicht zu berücksichtigen sei. Das OLG Hamm sah den Pkw jedoch als einen monatlichen Nut-

zungsvorteil, der beim unterhaltspflichtigen Einkommen durchaus zu berücksichtigen sei. Das Einkommen erhöhe sich letztlich um den Betrag ersparter eigener Aufwendungen für die Unterhaltung eines Pkw, wenn einem Arbeitnehmer ein Dienstwagen auch zur privaten Nutzung zur Verfügung gestellt wird.



### Az.: 2 UF 216/12 OLG Hamm VERMIETER MUSS BETRIEBSKOSTEN OFFENLEGEN

Ein Mieter kann zur Überprüfung einer Betriebskostenabrechnung Anspruch darauf haben, die Verbrauchsdaten seiner Nachbarn einzusehen. Das entschied das Landgericht Berlin. Nach Auffassung des Gerichts gilt dies jedenfalls, wenn es ihm anders nicht möglich ist, die Richtigkeit der für ihn geltenden Abrechnungsdaten zu überprüfen. In dem vom Landgericht entschiedenen Fall sollte ein Mieter Betriebskosten nachzahlen. Er weigerte sich, den Betrag zu zahlen, da die Abrechnungsunterlagen unvollständig seien. Konkret wollte er die Verbrauchsdaten der übrigen Mieter wissen. Der Vermieter lehnte es zunächst jedoch ab, die Daten vorzulegen, und erhob stattdessen Zahlungsklage. Erst im Verfahren vor dem Landgericht Berlin brachte er die Unterlagen bei. Das Gericht betonte, dies sei keine Gefälligkeit des Vermieters, sondern er erfülle damit einen Anspruch seines Mieters. Denn erst wenn dieser die Einzelverbrauchsdaten der übrigen Mieter kenne, könne er die Richtigkeit der für ihn geltenden Abrechnung überprüfen. In dem Fall nutze die Einsichtnahme übrigens nichts, es gab keine Fehler.

Az.: 67 S 164/13 LG Berlin

### FLUGGESELLSCHAFT DARF BEI FLUGSTORNIERUNG NICHT VOLLEN PREIS EINBEHALTEN

Eine Frau storniert aus persönlichen Gründen den Flug. Die Airline will ihr den Flugpreis nicht erstatten. Die Frau klagt dagegen. Das Ergebnis fällt überraschend verbraucherfreundlich aus. Storniert ein Kunde seinen Flug, darf die Fluggesellschaft nicht einfach den kompletten Flugpreis einbehalten. Das entschied das Amtsgericht Frankfurt. Darauf weist die Deutsche Gesellschaft für Reiserecht in

ihrer Zeitschrift «ReiseRecht aktuell» hin. In dem verhandelten Fall hatte eine Frau Flugtickets für eine Reise von Frankfurt am Main nach Istanbul und zurück gebucht. Aus persönlichen Gründen musste sie die Reise stornieren. Die Airline zahlte ihr jedoch nichts zurück. Zu Unrecht, wie das Gericht befand. Die Gesellschaft habe zwar einen Anspruch auf eine Vergütung. Zurückzahlen muss sie jedoch den Betrag, den sie sich durch die Aufhebung des Vertrags gespart hat. Im konkreten Fall urteilte das Gericht, dass die Airline 95 Prozent des Reisepreises zurückzahlen musste, weil sie nicht darlegte, wie hoch die ihr entstandenen Kosten tatsächlich waren. Entsprechende Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, wonach bei Stornierungen eine Strafe anfallt, die bei bis zu 100 Prozent des Flugpreises liegen könne, wurden der Klägerin nicht mitgeteilt. Insofern berücksichtigte sie das Gericht nicht.

Az.: 29 C 2391/13 AG Frankfurt

### HEBAMME STEHT BEI HAUSGEBURT VOLLES WEGEGELD ZU

Eine Hebamme kann bei einer Hausgeburt ein Wegegeld von der Krankenkasse verlangen. Diese darf den Betrag nicht kürzen, weil es eine Kollegin gibt, die näher zur werdenden Mutter wohnt. Einer Hebamme steht bei einer Hausgeburt Wegegeld zu. Eine Kürzung dieses Betrages muss nicht akzeptiert werden, selbst dann, wenn es eine Hebamme gibt, die näher zur werdenden Mutter wohnt. Dies entschied das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen. Eine freiberufliche Hebamme betreute drei geplante Hausgeburten. Ihre Vergütung beinhaltete jeweils mehr als 60 Prozent Wegegeld. Die Krankenkasse kürzte das Wegegeld. Schließlich habe es eine näher wohnende Hebamme gegeben. Gegen diese Entscheidung zog die Hebamme vor Gericht. Die Richter am Landessozialgericht stellten sich gegen die Krankenkasse. Auch eine weiter entfernt wohnende Hebamme hinzuziehen, sei insbesondere bei einer geplanten Hausgeburt einschließlich Vor- und Nachsorge gerechtfertigt. Denn es gebe nur verhältnismäßig wenige Hebammen, die Hausgeburten betreuen. Die Hausgeburt stelle nach wie vor den strikten Ausnahmefall gegenüber den Krankenhaus- oder Klinik-Geburten dar. Es seien nur die wenigsten Hebammen bereit, Hausgeburten zu betreuen.

Az.: L 4 KR 259/11 LSG Niedersachsen-Bremen

## SELBSTBEURLAUBUNG RECHTFERTIGT NICHT IMMER EINE ABMAHNUNG

Eine Selbstbeurlaubung auf Grund eines Arztbesuchs rechtfertigt keine Abmahnung durch den Arbeitgeber. Dieses Vorgehen verletze in der Regel keine arbeitsvertraglichen Regelungen, urteilte das Arbeitsgericht Berlin. Wer auf dem Weg zum Arzt seinen Arbeitgeber bittet, ihm für diesen Tag Urlaub zu gewähren, kann deshalb in der Regel nicht abgemahnt werden. Spricht der Arbeitgeber eine Abmahnung aus, muss er sie zurücknehmen. In dem Fall hatte der Kreditanalytiker einer Bank eine Abmahnung erhalten. Der Grund war ein Streit um die Art und Weise eines Urlaubsantrags. Der Mitarbeiter hatte seinem Arbeitgeber an einem Freitag eine E-Mail geschrieben, er sei auf dem Weg zum Arzt. Er möge ihn doch für diesen Tag beurlauben. Hintergrund war, dass der Arbeitnehmer am Tag vor dem Urlaubsantrag degradiert wurde. Künftig sollte er nur noch über Kredite mit einer Höhe von bis zu 250 000 Euro entscheiden – und nicht mehr wie bisher über eine Kredithöhe von bis zu 1 Million. Der Arzt schrieb ihn fast einen Monat krank. Als der Arbeitgeber ihn abmahnte, klagte der Mitarbeiter. Mit Erfolg. Das Gericht sah keinen Grund für eine Abmahnung. Sie sei nur gerechtfertigt, wenn der Arbeitnehmer seine arbeitsvertraglichen Pflichten verletzt hat. Das sei hier nicht der Fall. Der Mitarbeiter habe seinem Arbeitgeber vielmehr eine Gefälligkeit erwiesen, als er sich für den Arztbesuch freinehmen wollte. In dem speziellen Fall sei er nicht verpflichtet, den sonst üblichen Vorlauf zur Urlaubsbewilligung einzuhalten.

**Az.: 28 Ca 1679/13 Arbeitsgericht Berlin**

## DIREKTFLUG MUSS NICHT NON-STOP SEIN

Wer bei einem als "Direktflug" angekündigten Flug damit rechnet, am Start abzuheben und nur am Ziel zu landen, wird eventuell enttäuscht. Denn bei einem Direktflug landet das Flugzeug eventuell trotzdem zwischen, behält aber die Flugnummer bei. Der Stopp dient lediglich dazu, Passagiere aufzunehmen und von Bord gehen zu lassen oder das Flugzeug zu betanken. Ein Direktflug ist somit nicht zwingend ein Nonstop-Flug. Ein Flug ohne Zwischenlandung ist dagegen ein Nonstop-Flug, was auch aus der Definition der International Air Transport Association (IATA) hervorgeht. Ein Direktflug

ist also nicht zwangsläufig ein Nonstop-Flug. Aber jeder Nonstop-Flug ist ein Direktflug. Beide Begriffe werden allerdings oft synonym verwendet. Das Amtsgericht Würzburg hat bereits 1997 festgestellt, dass die Zwischenlandung bei einem Direktflug keinen Reisemangel darstellt – direkt ist eben direkt und nicht non-stop.

**Az.: 3 C 1128/95 AG Würzburg**



## SCHADENSERSATZANSPRUCH BEI STURZ AUF GLATTEM PRIVATWEG?

Manchmal müssen die Mietparteien eines Wohnhauses im Winter die Wege auf dem Grundstück selbst von Schnee und Glätte befreien. Kommt es dann zum Sturz, weil nicht geräumt wurde, kann es schwer werden, Ansprüche zu stellen. Stürzt ein Mieter im Winter auf einer glatten Stelle auf dem Grundstück seiner Wohnung, hat er in der Regel keine Schadensersatzansprüche gegen die übrigen Hausbewohner. Das gilt jedenfalls, wenn der Vermieter die Räum- und Streupflicht auf alle Mieter übertragen hat und diese keinen festen Winterdienstplan aufgestellt haben, was aus einem Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Naumburg hervorgeht. Das Gericht wies mit seinem Urteil die Schadensersatzklage einer Mieterin ab. Sie war auf einem Privatweg gestürzt, der zum Hausgrundstück der von ihr gemieteten Wohnung gehört. Nach den Feststellungen des Gerichts hatte der Vermieter die Streu- und Räumpflicht auf die Mieter übertragen. Unklar blieb, ob die Mieter unter sich einen entsprechenden Winterdienstplan aufgestellt hatten. Das OLG befand, ohne einen solchen Plan fehle der Klägerin jede Anspruchsgrundlage, da sie ja selbst die Streu- und Räumf-

licht verletzt und sich damit rechtlich betrachtet durch ihr eigenes Fehlverhalten geschädigt hätte. Bestehe ein solcher Plan, hafte der Mieter, der seiner Winterdienstpflicht nicht nachgekommen sei. Allerdings müsse in diesen Fällen ein mögliches Mitverschulden des gestürzten Mieters beachtet werden, falls erkennbar gewesen sei, dass das Grundstück weder geräumt noch gestreut war.

**Az.: 2 U 77/13 OLG Naumburg**

## WELCHE FLIESEN SIND HOCHWERTIG

Weißer Fliesen im Badezimmer gelten nicht ohne weiteres als hochwertig. Um dieses Merkmal zu erfüllen, müssen auch Akzente oder Verzierungen vorhanden sein, befand das Amtsgericht Berlin-Schöneberg. Alternativ können nach Ansicht des Gerichts auch Materialien wie etwa Marmor, Schiefer oder Granit verlegt worden sein. In dem verhandelten Fall ging es um ein Mieterhöhungsverlangen. Der Mieter wollte die vom Vermieter als wohnwerterhöhend angegebenen Merkmale, die sich unter anderem auf das Badezimmer bezogen, nicht akzeptieren. Dabei ging es neben den Fliesen unter anderem auch um einen zusätzlichen Strukturheizkörper. Das Gericht gab dem Mieter zumindest in den Punkten, die das Badezimmer betreffen, Recht.

**Az.: 103 C 238/13 AG Berlin-Schöneberg**

Wolfgang Link



# IM AUFTRAG VON ÜBER 18.000 BESCHÄFTIGTEN

## GDP DEMONSTRIERT LAUTSTARK VOR DER STAATSKANZLEI



# TATÜ TATA – NiX mehr da!



Die Gewerkschaft der Polizei hat zur Kundgebung aufgerufen – und über 2000 Polizeibeschäftigte kamen nach Wiesbaden, um Flagge zu zeigen.

Bereits mit Bekanntwerden der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen hat die GdP mehrere Gespräche mit den politisch Verantwortlichen geführt. Hier wurden Beihilfekürzungen, Stellenstreichungen und ein mehrjähriger Gehaltsverzicht scharf kritisiert.

Mit dem Blick auf die bevorstehenden Haushaltsdebatten haben wir bereits vor Monaten begonnen, die Weichen für ein deutliches öffentliches Signal zu stellen.

Die Vorbereitungen für eine Demonstration mitten in der Landeshauptstadt Wiesbaden bedurften einer sehr



intensiven Vorbereitung.

Peter Wittig, logistischer Vordenker, Versammlungsleiter und Verantwortlicher für den gesamten Ablauf, eröffnete die Kundgebung auf dem Wiesbadener Kranzplatz unmittelbar gegenüber der Staatskanzlei, nachdem auch die letzten Busse am Veranstaltungsort eingetroffen waren. Allen Teilnehmern, aber auch

stillen Beobachtern, bot sich ein fantastisches Bild.

Die Geschlossenheit und Solidarität konnte man förmlich greifen, noch bevor der erste Redner die Botschaften im Namen der hessischen Polizeibediensteten und des gesamten öffentlichen Dienstes klar, unmissverständlich und lautstark verkündete.

Ministerpräsident Volker Bouffier blieb, nur wenige Meter vom Geschehen entfernt, der kraftvolle gewerkschaftliche Auftritt sicherlich nicht verborgen, während Innenminister Peter Beuth es vorzog, zeitgleich die Einführung der Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten pressewirksam aufzusetzen.

„Die GdP ruft zum solidarischen Zusammenstehen auf. Wir müssen die Reihen schließen und gemeinsam für unsere Rechte kämpfen – lasst uns gemeinsam wieder böse sein“

Peter Wittig führte durch den gesamten Demonstrationsablauf, begrüßte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer und kündigte die Redner an.

Andreas Grün eröffnete den Reigen der Redner für die Polizeibeschäftigten und griff bereits mit dem ersten Satz die hessische Landesregierung scharf an und warf ihr vor, einen Koalitionsvertrag gegen den öffentlichen Dienst geschmiedet zu haben.

Nach Auflistung der schier unerträglichen Streichungen, Kürzungen und dem Diktat des Lohn- und Gehaltsverzichts warf Andreas Grün der Landesregierung ein „munteres weiter so“ vor.

Ein unverantwortlicher Sozialabbau bei den Beschäftigten unter dem Deckmantel der Schuldenbremse überschreitet das Maß der Erträglichkeit.

Unter Hinweis auf Streichungen, Stagnationen und Arbeitszeiterhöhung, sowie der nachweisbaren Überlastung



des gesamten öffentlichen Dienstes, besonders durch Personalabbau bei der Polizei skandierte die Menge mehrfach... „Tatütata – nix mehr da“

...und forderte die Politik auf, umzukehren und den hart arbeitenden Menschen bei Polizei und Feuerwehr die Wertschätzung entgegenzubringen, die sie sich Tag für Tag hart erarbeiten.

Harald Fiedler vom DGB, Erik Brumm, Personalratsvorsitzender der Feuerwehr Frankfurt, Karl Klute, Schutzmann der Polizeistation Idstein sowie Heinz Schiskowsky vom GdP-Landesvorstand schlossen sich mit Ihren Redebeiträgen an. In ihren Vorträgen prangern sie die tiefgreifenden und folgenschweren Kürzungen immer wieder an und fordern zur Umkehr auf.

**ES REICHT!**



**WIR WEHREN UNS!**

„Wer sich nicht einmal gedanklich an dem gewerkschaftlichen Abwehrkampf beteiligt, erklärt sich mit der uns feindlich gesinnten Politik einverstanden“

Das Jahr 2015 wird für den gesamten öffentlichen Dienst eine Nagelprobe. Selbst, wenn wir in Anbetracht der großen Beteiligung an unseren Demonstrationen stolz auf unsere Kolleginnen und Kollegen sein dürfen, müssen wir noch enger zusammenstehen.

Es ist und bleibt in höchstem Maße unverständlich, wenn man sich in einer so schwierigen Phase entsolidarisiert, während die GdP mit Kampfkraft und eisernem Willen versucht die Reihen hinter sich zu schließen.

Auch in den kommenden Wochen und Monaten werden wir uns mit großer Entschlossenheit dieser Herausforderung stellen – hierfür benötigen wir

die Unterstützung von allen Kolleginnen und Kollegen.

„Die Bürgerinnen und Bürger des Landes Hessens stehen hinter ihrer Polizei“

In unzähligen Gesprächen an GdP-Infoständen in mehreren Städten haben wir ausschließlich ermutigende Unterstützung von den Bürgerinnen und Bürgern erhalten.

Die Menschen, um deren Schutz wir uns Tag und Nacht redlich und aufopferungsvoll bemühen haben längst verstanden, dass die hessische Polizei kein Opfer einer verfehlten Sparpolitik werden darf. Und unter den Deckmantel der vom Volk gewollten Schuldenbremse passt der gesamte öffentliche Dienst schon längst nicht mehr drunter.

Der Arbeitsfrust quillt schon aus allen Poren und wird den hierfür politisch Verantwortlichen bereits in Kürze sehr

deutlich vor Augen führen, welchen unsozialen Irrweg sie eingeschlagen haben.

Unsere nachfolgenden Generationen brauchen neben einer verantwortlichen Finanzpolitik an erster Stelle einen starken sozialen Frieden – einer der Garantien hierfür sind wir, die hessischen Polizistinnen und Polizisten und die Beschäftigten im Polizeidienst.

„Lasst uns gemeinsam wieder böse werden“, so der erneute Aufruf von Peter Wittig zum Ende der Kundgebung und in Ankündigung weiterer GdP-Aktionen.

Einen besonderen Dank richten wir an die Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr und den anderen Gewerkschaften, die sich lautstark beteiligt haben.

Keinen Dank richten wir an eine blaue Gewerkschaft, die sich in Wiesbaden nahezu komplett verweigerte. Solidarität sieht jedenfalls anders aus. ■

Lothar Hölzgen



**TATÜ TATA –  
NiX mehr da!**





# WIR WEHREN UNS...

## TATÜTATA – NIX MEHR DA!

„Wir, die Polizeibeschäftigten in Hessen, haben in den vergangenen Jahren mehrfach unseren Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushaltes geleistet. Nullrunden, zeitliche Verschiebung der linearen Gehaltserhöhungen, Wegfall Einmalzahlungen, Streichung Urlaubsgeld, Einfrieren von Zulagen (DUZ), Absenkung des Weihnachtsgeldes und nicht zuletzt die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden.“



Stärkung vor der Demo

Mit diesen Worten rief die Gewerkschaft der Polizei alle Mitglieder auf, sich zu wehren und zu einer Kundgebung am 15.12.2014 auf dem Kranzplatz in Wiesbaden zu kommen. Diesen Aufruf kamen über 200 Mitglieder aus Frankfurt nach. Es wurden Busse gechartert und der Weg ging nach Wiesbaden. Dort angekommen wurden die Mitglieder von guten Feen der Bezirksgruppe mit Leberkäs- und Frikadellen Semmeln versorgt, sodass alle gestärkt auf dem Kranzplatz ihren Unmut laut werden lassen konnten.

Peter Wittig, Versammlungsleiter und Verantwortlicher, eröffnete die Kundgebung und begrüßte alle Teilnehmer der Kundgebung.



Durch ihn wurde der erste Redner angekündigt: Andreas Grün, Landesvorsitzender Hessen. Er warf der Schwarz-



Grünen Landesregierung den Koalitionszwang vor, die sie unterliegen würde. Er warnte die Landesregierung:

„Nur weiter so. Ein unverantwortlicher Sozialabbau bei den Beschäftigten unter dem Deckmantel der Schuldenbremse überschreitet das Maß der Erträglichkeit“. Dies brachte die Menge zum Rufen der Schlagwörter „Tatütata - Nix mehr da!“ und er wurde mit reichlich Beifall bedacht.

Weitere Redner war Harald Fiedler, DGB, und Eric Brumm, Personalratsvorsitzender Frankfurter Berufsfeuerwehr. Beide sprachen von tiefgreifenden und folgenschweren Kürzungen und forderten



die Landesregierung zum Umdenken auf.

Karl Klute berichtet aus Sicht eines Schichtdienstbeamten eines Reviers. Welche Einschnitte er in den letzten Jahren bereits in Kauf nehmen musste und was dies für einen Familienvater bedeutet hat und nun erst recht bedeuten würde.

Die Sicht und Meinung der Tarifbeschäftigten, über den weiteren Abbau von Tarifstellen, wurde von Heinz Schiskowsky aufgegriffen und den Zuhörern vermittelt.

Aber schon im Vorfeld der Kundgebung in Wiesbaden unternahm die Bezirksgruppen in verschiedenen Städten Bemühungen, der Bevölkerung die ge-

planten Maßnahmen der Landesregierung (was ist eigentlich Beihilfe?) und die gewerkschaftlichen Forderungen nahe zu bringen.

So wurden in Darmstadt, Kassel, Wiesbaden und bei uns in Frankfurt Infostände aufgebaut.

Sehr interessiert haben sich viele Bürger über die Streichung der Beihilfe. Erschrocken waren sie darüber, dass die Beihilfe eigentlich nur das Wort für den



Jochen Zeng und Peter Wittig

Arbeitgeberanteil der Krankenkasse ist, und nur im Bedarfsfalle, also bei Krankheit gezahlt wird. Dies ist vielen Nichtpolizeibeschäftigten bzw. Nichtverbeamteten gar nicht klar.

Diese Aktionen langten aber den Bezirksgruppen nicht.

Es sollten gerade CDU-Politiker auf uns aufmerksam gemacht werden.

So wurden von einigen GdP-Mitgliedern im Vorfeld der CDU-Neujahrsempfänge Handzettel mit unseren Forderungen verteilt und viele Gespräche wurden zum Anlass genommen, um diese um Hilfe zu bitten.

In einem Gespräch mit Stadtrat Markus Frank und Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler wurde mir ebenfalls Unterstützung zu gesichert. Beide versprachen nochmals ein Gespräch mit Peter Beuth zu führen und ihn zum Umdenken anzuregen.

Karin Schäfer

# DGB – NEUJAHRSEMPFANG

## „JE SUIS CHARLIE“

Viele Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Verbänden finden sich wie im jeden Jahr zu dem ersten Neujahrsempfang des Jahres ins Gewerkschaftshaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße in Frankfurt ein.

Sicherlich hat Harald Fiedler, Vorsitzender des Frankfurter DGB Stadtverbandes, schon leichtere Begrüßungsworte für einen Neujahrsempfang gefunden. Zu sehr wurde der Neujahrsempfang von den Terroranschlägen gegen das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ und dem jüdischen Supermarkt in Paris überschattet.

Am Anfang seiner Begrüßungsrede bat Harald Fiedler die ca. 500 Besucher sich zu erheben und den Opfern zu Gedenken. Er sagte, es sei die Stunde der Trauer und der Solidarität mit den Familien der Opfer und en französischen Freunden. Auf den ursprünglich geplanten Kulturbeitrag aus Frankreich wurde verzichtet.

In seiner weiteren Rede begrüßte er mit manch bissigen Seitenhieben die Vertreter der Politik und gab ihnen so den ein oder anderen Auftrag mit in den Aktenkoffer für das kommende Jahr.

Als der Oberbürgermeister Peter Feldmann das Mikrofon übernahm, verurteilte er mit deutlichen Worten die fremdenfeindlich Pegida-Bewegung:

„Nichts gegen Dresden – aber wir in Frankfurt mit 48% Migranten sind cooler, wir wissen, die gehören zu uns!“ Die Pegida-Anhänger seien für ihn geistige Brandstifter.

Weiteres Thema war für ihn bezahlbarer Wohnraum in Frankfurt. „Bezahlbare Mieten sind auch eine wirtschaftliche Frage um Fachkräfte hier in Frankfurt zu halten und die Stadt attraktiv zu machen“ mahnte er weiter.

Scharfe Kritik übte er an der Landesregierung Schwarz-Grün: „Frankfurt wächst und wächst, und die Landesregierung kürzt und kürzt“.

So kommentierte er den kommunalen Finanzausgleich der Landesregierung die der Stadt so 77 Millionen nehmen will. „Nicht zuletzt die Kultureinrichtungen werden darunter leiden!“ verabschiedet er sich in seiner Rede.



Harald Fiedler, Bernadett Segol, OB Feldmann



Bernadette Segol, Gewerkschafterin aus Frankreich des Europäischen Gewerkschaftsbundes, eine Gastrednerin, auf die wir uns alle sehr gefreut haben, gab den Gästen des Empfangs einen Einblick in die Gemütslage ihrer Landleute.

**„Ein Anschlag ausgeübt von jungen, verblendeten und verführten Fanatikern. Eine Ideologie, die Religion missbraucht, um Terror und Hass zu säen. Auf den mörderischen Anschlag auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ hat die Zivilgesellschaft mit einer spontanen und beindruckenden Mobilisierung geantwortet.“**



Bernadette Segol sprach in ihrer Rede auch von Maria, einer 70-jährigen Rentnerin in Griechenland, die immer gearbeitet hat und deren Rente nun von 720 € auf 500 € gekürzt wurde. „Banken sanieren und soziale Standards ruinieren – dem müsse sich die Gewerkschaftsbewegung entschlossen entgegenstellen.“



Mahnwache vor dem DGB-Haus

Sie schloß ihre Rede mit den Worten: „Je suis Charlie. Nous tous sommes Charlie“. („Ich bin Charlie. Wir alle sind Charlie!“)

Nachdem allen Rednern von den Zuhörern mit minutenlangem Applaus honoriert wurden, rief Harald Fiedler zu einer gemeinsamen Mahnwache und Gedenkveranstaltung vor dem Gewerkschaftshaus auf.

Dort fanden sich mehrere hundert Personen ein, um gegen Terror und Gewalt zu demonstrieren.

Viele Teilnehmer hielten Schilder mit dem Aufdruck: Je Suis Charlie in die Höhe.

Dem kann ich mich nur anschließen.....

Text: Karin Schäfer

Bilder: H. Homeyer

# POLIZEI IM SPANNUNGSFELD

## WO FÜHRT UNS DAS HIN

Spätestens seit den Terroranschlägen in Frankreich und Belgien können auch wir nicht mehr in absoluter Sicherheit leben. Mehr noch, es besteht die dringende Besorgnis, dass auch bei uns mögliche Anschlagziele bereits identifiziert sind. Dies gefährdet nicht nur die freiheitsliebenden Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, sondern auch uns Polizei-beamtinnen und Polizeibeamte im täglichen Dienst.

### POLITISCHES WIRRWARR ODER KONSTRUKTIVE MASSNAHMEN?

Hektisches Treiben herrscht in der großen Koalition in Berlin. Einige Koalitionäre überbieten sich in unsäglichen Aussagen, quer über die Parteigrenzen hinweg. Beispielsweise sei die Thematik der Einführung der Vorratsdatenspeicherung genannt.

Es schleicht sich bei vielen von uns (insbesondere bei den Polizeibeschäftigten) das Gefühl ein, als müssten schnell Konzeptionen auf den Tisch, wie man der akuten Terrorgefahr sprichwörtlich „Herr werden kann“.

### ZUM VERSTÄNDNIS:

In Frankreich ist die Vorratsdatenspeicherung erlaubt und dennoch gab es die Anschläge in Paris. Die Vorratsdatenspeicherung ist eben kein allumfassendes, probates Mittel, um Terroranschläge gänzlich verhindern zu können.

Erklärungen, wie die des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann: „...die Polizei müsse die aus den Kriegsgebieten heimgekehrten fanatisierten Islamisten nur ordentlich überwachen, dann werde hierzulande schon nichts passieren...“ sind deshalb an Zynismus kaum zu überbieten.

Selbiges gilt auch für die Äußerung von Bundesjustizminister Heiko Maas, dem zur Forderung nach der Vorratsdatenspeicherung vor laufenden Kameras nur der Satz einfiel: „Was soll das?“ Einhergehend mit dem zynischen Hinweis, dass auch in



Frankreich die dort praktizierte Vorratsdatenspeicherung den Opfern nicht geholfen hat.

### WIE KÖNNEN WIR UNS WIRKSAM VOR DER TERRORGEFAHR SCHÜTZEN?

Die Talkshows laden die Bevölkerung dazu ein, sich an der „kollektiven Angstmache“ zu beteiligen. Wenn dann Forderungen artikuliert werden, die im Kern der Polizei und ihrer Aufgabenbewältigung förderlich sind, winken die meisten Bundesländer ab und verweisen auf die verfassungsrechtlich manifestierten Schuldenbremsen.



Nordrheinwestfalens Innenminister Jäger gibt Anfang des Jahres in einer Pressemitteilung bekannt:

„...Nordrhein-Westfalen verstärkt Polizei und Verfassungsschutz. Dies ermöglicht eine noch effektivere Bekämpfung der Gefahr durch islamistische Terroristen. Bis 2017 werden deshalb insgesamt 385 zusätzliche Beamte eingestellt.

Die Anschläge in Paris zeigen: Es gibt eine neue Qualität der Bedrohung. Deswegen verstärken wir die Sicherheitsbehörden entscheidend... So wird der polizeiliche Staatsschutz mit qualifizierten Polizistinnen und Polizisten ab sofort erweitert. Diese strukturelle Neuausrichtung wird durch jährlich 120 zusätzliche Einstellungen von Polizeianwärttern ausgeglichen. Im Einzelnen sieht das Konzept Folgendes vor: Landesweit werden 110 zusätzliche Beamte in den Dienststellen des polizeilichen Staatsschutzes ermittelt. Weitere 150 Spezialisten sind für den Ausbau von Fahndung und Observation vorgesehen. Zum Schutz besonders gefährdeter Personen und Objekte werden 100 Polizisten zusätzlich eingesetzt. Wir stärken ganz bewusst den polizeilichen Staatsschutz. Hier ist das Spezialwissen der Polizei gebündelt. Und das ist entscheidend für wirksame Ermittlungen gegen salafistische Extremisten und islamistische Terroristen...“.



### HESSEN VORN?

Nach der Beschlussfassung über den Landeshaushalt Anfang Februar sind nicht nur die Polizeibeschäftigten enttäuscht. Gewerkschaftsvertreter kritisieren zu Recht, dass die Landesregierung auf dem Rücken aller Landesbediensteten rigoros spart. Ein mehr an Personal für den Polizeivollzug wird es zudem nicht geben! Da nutzt es wenig, wenn der Polizeivollzug nicht dezimiert wird und keine Stellen gestrichen werden!

Mit Blick auf der in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Rückkehr zur 41 Stunden Woche im Jahr 2017 ist die Einstellung von zusätzlichen 140 Polizeianwärtern in diesem Jahr geplant. Damit sollen dann nach Ausbildungsende in gut drei Jahren die personellen Lücken geschlossen werden, die rechnerisch im Schichtdienst durch die Reduzierung der Wochenarbeitszeit entstehen.

Es bleibt unstrittig bei unserer gewerkschaftlichen Forderung, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Schicht- und Wechselschichtdienst nicht anders behandelt werden dürfen, als es die tarifvertragliche Regelung für die Beschäftigten der Wachpolizei vorsieht!

### TARIFBESCHÄFTIGTE IN DER POLIZEI

**Der Abbau von 147,5 Tarif- und Verwaltungsbeamtenstellen bei der Polizei bis 2019 tun weh.**

Nicht nur, dass die Arbeit von den verbleibenden Beschäftigten übernommen werden muss, auch die Tatsache, dass wieder einmal die Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten in der Polizei dezimiert werden, schwächt die Polizei.

Bereits bei der Operation Sichere Zukunft wurden 600 Tarifstellen bei der Polizei ersatzlos gestrichen. Wie sieht die Situation unserer Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst und insbesondere bei der Polizei aus?

Kaum Perspektiven, kaum Weiterbildungsmöglichkeiten, kaum Höhergruppierungen und wahrlich keine üppigen Sonderzahlungen!

**Und bald beginnen wieder Tarifverhandlungen. Was dann?** Der hessische Alleingang, eigene Tarifverhandlungen zu führen, während der gesamte Rest der Republik gemeinsam verhandelt, ist befremdend.

Werden auch noch die Beamten und Versorgungsempfänger von der Einkommensentwicklung ausgespart, ist der Protest der Beamten nur mehr als verständlich. Auch Beamte haben Familien und Kinder! Wir möchten doch nur an der

Einkommensentwicklung (Tarifabschluss) beteiligt werden. Da nutzt keine verordnete einprozentige Festschreibung der Besoldungserhöhung, wenn die Inflationsrate jenseits dieser Marke liegt.

Die gewerkschaftliche Forderung, sowie die Jahrzehnte Bestand habende Praxis, die Beamtenbesoldung folgt dem Tarifrecht, bleibt die unumstößliche gewerkschaftliche Forderung.

### TARIFFORDERUNGEN DER GDP IM EINZELNEN:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro monatlich bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro monatlich. Verbindliche Übernahmeregulierung für Auszubildende und Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende auf 30 Tage.
- Ausschluss sachgrundloser Befristungen.
- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamten/-innen und die Versorgungsempfänger.
- Jeder Eingriff in die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung (Zusatzversorgung VBL) wird abgelehnt.
- Nach Abschluss der Entgelttrunde ist das Eingruppierungsrecht anforderungsgerecht weiterzuentwickeln.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung, dass die hessischen Steuerquellen unvermindert weiter sprudeln geht dabei fast unter. Finanzminister Schäfer verkündet, dass im Jahr 2014 Steuermehreinnahmen von 464 Millionen Euro erzielt wurden. Bei der letzten Steuerschätzung im November wurde noch von 350 Millionen Euro ausgegangen. Natürlich werden sinkende Steuereinnahmen für 2015 behauptet und das Schreckgespenst der Schuldenbremse geht weiter um.

### KOMPLEXE EINSATZLAGEN FORDERN DAUERHAFT DIE POLIZEI

Nicht nur die eingangs beschriebene Terrorgefahr, auch die wöchentlichen ständig wiederkehrenden Einsatzlagen fordern die Polizeibeschäftigten. PEGIDA- und NOPEGIDA-Demonstrationen, der Start der Fußball-Bundesliga sind wieder gelebte Wochenendbeschäftigungen für die Polizeibeschäftigten. Hinzu kommen dann bundesweite Großlagen, wie der G7 Gipfel im bayerischen Elmau, die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main und andere Demonstrationsanlässe.

Die zu konstatierenden Kräfterdispositionen für die Polizei werfen bereits ihre Schatten voraus!

Bleibt zu hoffen, dass neben den zu erwartenden Belastungen wenigstens nicht von gewalttätigen Ausschreitungen gegen die Polizei geprägt sind.

(GdP)

<sup>1</sup> <http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/56636/2932216/innenministerium-nrw-nrw-verst-rkt-die-terrorbek-mpfung-mehr-personal-f-r-polizei>

<sup>2</sup> Quelle: dpa

# POLIZEI – DIE MELKKUH DER NATION?

## ES BRODELT AN DER BASIS

**Es kommen schlimmen Zeiten auf die Polizei zu.**

**Oder besser gesagt, wir schlingern schon darin.**

Wir haben als einziges Bundesland in Deutschland die 42 Stunden Woche.

### WIR WERDEN ABGEKOPPELT.

Es soll für uns in den nächsten Jahren nur noch Almosen geben.

Die Besoldung soll nur noch 1 % erhöht werden.

Oder es gibt nichts.

### DANN GEHT ES WEITER.

Es wird Stellenstreichungen geben!

Jetzt haben wir auch noch die verordnete Kennzeichnungspflicht.

### UND ES WIRD NOCH SCHLIMMER.

Die schwarz/grüne Landesregierung will 20 Millionen bei den Beamten einsparen. Es soll Leistungseinschränkungen bei der Beihilfe geben, also Kürzung der Beihilfe. Wir dürfen dann monatlich bis zu 150 Euro mehr für die Krankenversicherung bezahlen.

Über diesen Weg haben wir nicht nur wie oben erwähnt eine Nullrunde, sondern hintenherum eine saftige Minusrunde.

**Dies erinnert uns wieder mal an damals.** Die Operation sichere Zukunft hatte uns auch eine Kürzung von mindestens 15 % beschert.

In der freien Wirtschaft wird richtig gehandelt. Da wird der Stift in die Ecke geworfen, der PC ausgeschaltet, die Akten in die hinterste Schublade geschoben und es geht auf die Straße.

**Es wird demonstriert oder gestreikt.**

Nur die Polizei darf nicht streiken. Wir stehen in einem Dienst- und Treueverhältnis. Es gibt EU-Länder da ist es möglich. In Deutschland müsste man sich über das Streikrecht für Beamte auch mal intensiv beschäftigen. Wir können uns nicht wehren. Der Streik ist bei uns tabu. Wir können nur geschlossen und in großer

Zahl auf die Straße gehen und demonstrieren. ES MÜSSTE JEDER BEAMTE IN HESSEN AUF DIE STRASSE GEHEN.

Es spielt keine Rolle, bei welcher Gewerkschaft er ist.

Auch die Nichtmitglieder müssen sich anschließen.

### DIE AUSREDEN:

„Wir können nichts machen. Das hat alles keinen Sinn. Das ist nicht mehr meine Polizei. Wir haben schon lange innerlich abgeschlossen.“ Diese Einstellungen sind jetzt fehl am Platz. Wir müssen handeln. Sonst wird mit uns gehandelt.

Ich arbeite im Schichtdienst.

An der Basis brodeln es, es könnte überkochen. Es gibt heftige Diskussionen.

Kollegen, die früher etwas ruhiger waren, sind nicht wieder zu erkennen.

Es sind sehr viele Kollegen bereit auf die Straße zu gehen, die ihren Unmut zeigen wollen. Es muss Aktionen geben, die öffentlichkeitswirksam sind.

In Hessen wird es demnächst in verschiedenen Städten Informationsveranstaltungen geben. Hoffentlich kommt vielleicht der ein oder andere Politiker vorbei.

Wir werden mit unseren Bürgern reden. Wir brauchen jetzt auch die Hilfe der Bürger. Wir möchten diese Ungerechtigkeiten publik machen.

### VIELE BÜRGER WISSEN JA NICHT, WAS BEI DER POLIZEI PASSIERT.

Es wird zwar viel geschrieben, wie gut die Polizei arbeitet. Es gab wieder gute Festnahmen, es wurden schwierige Lagen gut gemeistert, es wurden Menschen in Notlagen geholfen. Man könnte noch sehr viele Beispiele aufzeigen.

### ABER WAS PASSIERT MIT DEN POLIZISTEN?

Was bedeutet es, wenn jetzt auch noch die Beihilfe gekürzt wird. Es wird spekuliert. Leistungskürzungen! Chefarztbehandlung ade, Einbettzimmer rigoros gestrichen, Zahnbehandlung zu teuer – kein Geld dafür, Massagen eingeschränkt, wenn überhaupt, psychologische Behandlungen nicht notwendig, Aufwendungen für eine Brille – Privatvergnügen, für wichtige teure Medikamente ist kein Geld da.

Ich könnte fortfahren.....

Wie schon gesagt, es wird spekuliert. Aber es geht so richtig ins Geld.



Wir müssen mit unserer Krankenversicherung reden. Und diese Versicherungen werden jährlich teurer.

### **UM DEN JETZIGEN GESUNDHEITSSCHUTZ ZU HABEN, MÜSSEN WIR UNS ZUSÄTZLICH ABSICHERN.**

Die Krankenversicherungen freuen sich. Die Versicherungen werden mehr einnehmen.

Und wir müssen uns einschränken oder auf andere Dinge monatlich verzichten. Für viele Kollegen wird es richtig ernst.

Wenn man bedenkt, dass zum Beispiel auch einige Kollegen in den Großstädten wohnen.

Und die Wohnungen sind richtig teuer. Gerade in Frankfurt ist dies ein riesiges Thema. Die Mieten steigen und steigen. Und die hohen Mieten müssen auch bezahlt werden und dazu kommt jetzt eine richtig teure Krankenversicherung.

### **Aber warum hat man es auf die Polizei abgesehen? Haben wir was verbrochen? Haben wir was falsch gemacht?**

Wir widmen uns mit voller Hingabe dem Polizeiberuf. Wir machen sehr gute Arbeit.

Dies wird regelmäßig in der Presse verdeutlicht.

Das Ansehen in der Bevölkerung ist hoch.

### **ABER UNSERE POLITIKER LASSEN UNS IM STICH.**

Ich denke, viele Politiker können sich nicht in einen Polizisten hineinversetzen. Sie kennen die Polizei nur vom grünen Tisch.

### **Es wäre vielleicht mal ratsam, wenn die Politiker mal am Wochenende den polizeilichen Einsatz mitverfolgen.**

Die Politiker können sich mal in das Vergnügungsviertel Sachsenhausen oder einen anderen Brennpunkt in Hessen begeben. Sie sollen sich selber mal ein Bild über einen nächtlichen Einsatz machen. Da geht es mal zur Sache.

Da wird gejoht, da wird randaliert, da fliegt ein Glas, da fließt Blut, da wird gespuckt, da wird beleidigt, bedroht und geschrien.

Und dann ist die Polizei im Boot und muss helfen. Da fliegen die Fäuste. Der Kollege wird verletzt, er wird angespuckt und muss sich hässliche Worte anhören.

Das Hemd ist zerissen. Und unser Gegenüber ist total besoffen und weiß nicht mehr wo vorn und hinten ist. Und ihm müssen wir helfen.

Der verletzte Kollege, der vielleicht einen Schlag ins Gesicht bekommen hat, meldet sich dienstunfähig. Er krümmt sich vor Schmerzen. Der Kollege fällt tagelang aus. Und was ist jetzt mit der Fürsorge unseres Dienstherrn?

Der Kollege legt einen Dienstunfall vor. Eine Schadensmeldung folgt, weil vielleicht die Uhr beim Einsatz beschädigt wurde. Nach vielen Wochen erhält der Kollege einen Bescheid von der Abteilung Verwaltung. Es gibt Rückfragen. Und dann wird der Dienstunfall nicht anerkannt. Wir schütteln mit dem Kopf.

Der Kollege muss zum Zahnarzt, ein Zahn wurde ihm rausgeschlagen.

Die Zahnarztrechnung kommt. Die Beihilfe zahlt nichts, weil diese Leistung jetzt gestrichen wurde.

Der Kollege bleibt auf den Kosten sitzen. Die Uhr ist auch noch beschädigt, er bekommt vom Dienstherrn nichts.

Der Kollege kann den Schaden bei dem Täter privat einklagen. Aber dies ist langwierig und ein Kampf gegen Windmühlen. Ein anderer Kollege berichtet, dass er beim Dienstsport sich verletzt hatte. Auch dies wird als Dienstunfall nicht anerkannt.

Die Schuldenbremse bremst auch unsere Verwaltung aus. Da wird ein richtig enger Maßstab angelegt.

Was sind das nur für Zeiten?

Der Kollege, der einen Schlag abbekommen hat, nimmt später an einem Gerichtsverfahren teil. Der Täter hat einen windigen Rechtsanwalt, der Sachverhalt wird verdreht und der Kollege ist plötzlich der Buhmann. Verkehrte Welt?

Jeder Dienst ist anders. Mit einem Bein ist man immer vor dem Kadi.

### **Hoffentlich wissen das unsere Politiker.**

Bei den Politikern muss sich doch auch herumgesprochen haben, dass es immer mehr Kollegen gibt, die im Dienst erkranken. Die Krankentage steigen und steigen.



Es werden Dienste geschrubbt, viele Zusatzdienste, wieder ein BSOD.

### **Jetzt war wieder Blockupy.**

Es gab wieder verletzte Kollegen.

Einige wurden mit Farbbeuteln beworfen. In Kassel wurden Kollegen angeschossen, in Düsseldorf gab es Krawalle, in den Stadien randalieren die Fans, Kollegen werden verletzt.

Und was passiert jetzt mit den verletzten Kollegen? Geht jetzt der Kampf weiter? Die Kollegen müssen jetzt kämpfen, dass sie nicht auf den Krankheitskosten sitzen bleiben.

Wo bleibt da die Fürsorgepflicht des Dienstherrn?

Wo ist die Wertschätzung?

Das ist ein Fremdwort für die Politiker! Wie sollen die Kollegen motiviert werden? Warme Worte reichen nicht.

### **Die Polizei muss gut bezahlt und gut abgesichert werden.**

Die Politiker müssen doch auch bedenken, dass für viele Menschen der Polizeiberuf nicht mehr interessant ist.

In der privaten Wirtschaft gibt es bessere Stellen.

Da muss man nicht den Kopf für die Politiker hinhalten und alles über sich ergehen lassen.

Ich hab gerade gelesen, dass es Hessen doch gut geht. Es gibt sprudelnde Einnahmen.

Aber bei den Beamten werden jetzt 20 Millionen eingespart.

Was sind das für Aussichten?

Die Polizei wird gegen die Wand gefahren. Weiter so.

Uwe Nachtwey

# POLIZEIDIENSTBEKLEIDUNG IN DEUTSCHLAND

## UNTERSCHIEDE UND MÖGLICHKEITEN



Polizei ist Ländersache.

Dies ist seit Einführung der deutschen, unterschiedlichen blauen Uniformen mittlerweile auch optisch klar sichtbar. Das ist nicht nur für Polizeibeamte nicht nachvollziehbar, sondern wird auch außerhalb der Polizei erkannt.

Bernd Dörries bringt den Umstand im Mai 2010 in seinem Online-Artikel der ‚Süddeutsche Zeitung‘ mit dem Titel „Polizeiuniformen – Es zwickt im Schritt“ so schlicht wie treffend auf den Punkt, indem er feststellt „Föderalismus kann Vielfalt bedeuten. Manchmal ist er einfach nur albern“.

Dieser Umstand ist zwar nicht zu ändern, die dadurch entstandene Vielfalt bietet über unsere hessischen Grenzen hinaus jedoch innovative Einblicke die helfen könnten unsere Dienstkleidung adäquat weiterzuentwickeln, um sie für den operativen Polizeidienst funktionaler zu gestalten.

Der wichtigste Aspekt dabei sind die Uniformträger ohne deren geäußertes Erfahrungswissen keine Verbesserung eintreten kann.

Aus diesem Grunde entstand der hiesige Beitrag. Und an dieser Stelle der Appell an alle Leser: wendet euch bei Ideen an die Projektgruppe.

Denn fehlendes Feedback heißt Stillstand und Stillstand bedeutet Rückschritt (in Anlehnung an Erich Kästner).

### Teil 1: Die hessischen Diensthemden

Sie wurden vom Schnitt und der Ausführung her 1:1 unverändert von der alten, grünen Uniform übernommen.

Hier stellt sich unwillkürlich die Frage, ob man in der Entwicklungs- und Testphase der blauen Uniform keine Optimierungsmöglichkeiten gesehen hat.

Dies bezieht sich weniger auf den eher ‚klassischen‘ Schnitt, sondern rein funktional zunächst auf die Ausgestaltung der auf den Schultern befindlichen Dienstgradabzeichen.

Deren starre Ausführung sorgte schon bei der grünen Uniform bei manch einem Träger für Unwohlsein, erst recht im Hinblick auf eine darüber getragene Schutzweste oder etwaige weitere Oberbekleidung.

Auch im Praxistest beweist der wie ein Fremdkörper wirkende ‚Schulteraufsatz‘ wenig Funktionalität, so dass man häufig verknickte/beschädigte oder verschlissene Schulterstücke feststellen kann (Bild 1), welche die Optik der Uniform deutlich verschlechtert und früher oder später zwangsläufig zu einer vermeidbaren und unnötig Kosten verursachenden Ersatzbeschaffung führen.

Dass auch aus Eigensicherungsgründen die Ausgestaltung der Dienstgradabzeichen relevant werden kann, bewies sich



Bild 3: Stoffflaschen an Diensthemden



**Bild 4: Verschmutzung an getragener Kleidung**

und zeigt sich daher als nicht adäquat für den täglichen Dienst auf der Straße, wie man immer wieder an verschmutzten Hemden feststellen kann. Dabei ist unter Praktikern bekannt, dass operative Tätigkeiten oft mit einer erhöhten Schmutzanfälligkeit verbunden sind. Die Bandbreite der ‚Schmutzquellen‘ ist dabei breit gefächert. Begonnen bei Kugelschreiber- und Schweißflecken, über Schmauchspuren durch die Dienstwaffe nach absolviertem Schießtraining oder möglichen Ölflecken beim Holstern zu Dienstbeginn, bis hin zu Blütenstaub/Pflanzensaft beim gegebenenfalls notwendigen durchqueren einer Hecke im Einsatzgeschehen oder auch Blutspritzern: so vielfältig, wie sich der operative Dienst bei der Polizei darstellt, umso wahrscheinlicher sind Verschmutzungen für die getragene Bekleidung (Bilder 4 und 5). Im Hinblick darauf ist

Ende September 2014 im Rahmen eines Verkehrsunfalls während einer Einsatzfahrt. Die durch den seitlichen Aufprall ausgelösten Airbags stießen dabei mit voller Wucht gegen das ihnen zugewandte Dienstgradabzeichen und schoben es gegen den Hals des Beamten. Dabei wurde u.a. das spitz zulaufende Ende beim Auftreffen auf den Hals deformiert und die Nähte des Hemdes rissen ein (Bild 2). Durch glückliche Fügung wurde der Träger dabei nicht weiter verletzt.

Stoffflaschen, wie sie die restlichen Bundesländer fast alle eingeführt haben, sind im Dienstgeschehen grundsätzlich angenehmer zu Tragen (Bild 3). Zumal die aktuelle und starre Ausführung auch prädestiniert für Verschleiß und Beschädigungen ist und unter ungünstigen Umständen eine Verletzungsgefahr darstellen kann.

Auch die aktuelle hellblaue Farbgebung erscheint für die operative Dienstverrichtung nicht sonderlich vorteilhaft. Im Hinblick auf ein zu helles Blau vertrat man jedenfalls schon 1975 im Hinblick auf die Streifenwagenfarbe die Ansicht, „Ein mittleres oder helles Blau wird, weil zu lieblich, nicht als polizeigerecht empfunden“. Auf die heutige Praxis als Oberbekleidungsfarbe lässt sich diese Erkenntnis durchaus übertragen. Zudem stellt sich die dadurch bedingte starke Schmutzanfälligkeit als störend heraus

es nicht nachvollziehbar, besonders helle und Flecken begünstigende Farben zu verwenden.

Ein gleichfarbiges Dunkelblau von Ober- und Unterbekleidung bietet aber noch einen weiteren Vorteil, wie man bei der Uniform des ‚Nordverbundes‘ immer wieder anschaulich feststellen kann: unabhängig von der gewählten Oberbekleidung erzielt man selbst bei unterschiedlich angezogenen Beamten an gemeinsamen Einsatzstellen trotzdem noch eine größtmögliche optische Einheitlichkeit.

Nils Döring

<sup>1</sup><http://www.sueddeutsche.de/leben/polizeiuniformen-es-zwickt-im-schritt-1.285963> (zuletzt online: 29.01.2015)

<sup>2</sup> „Minzgrün und Weiß – die neuen Polizei-Farben“ erschienen in „IPA Aktuell“, Ausgabe März 1975, IPA Deutsche Sektion e.V., Bexbach





**Vergissmeinnicht**

Schmuck Kleinode  
Antiquitäten Reparaturen







Einfach schöne Dinge

**Schneckenhofstraße 9**  
**60596 Frankfurt-Sachsenhausen**  
**Tel.: 069 / 62 39 37**

---

**Mo. 14.00 – 18.30 Uhr**  
**Di. bis Fr. 10.00 – 18.30 Uhr**  
**Sa. 10.00 – 14.00 Uhr**



# TARIF- UND BESOLDUNGSRUNDE 2015 ZUM TV-H

Am 18.12.2014 beschloss die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst zum TV-L ihre Forderungen zur Tarif- und Besoldungsrunde für das Jahr 2015.

Diese Forderungen wurden nach Vereinbarung der DGB-Gewerkschaften auch für das Land Hessen (TV-H) erhoben.

Ein entsprechendes Forderungsschreiben der GdP Hessen ging bereits unserem hessischen Innenminister Peter Beuth zu.

## UNSERE FORDERUNGEN IM EINZELNEN:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 5,5%, mindestens aber 175 € monatlich bei einer Laufzeit von 12 Monaten

- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 € monatlich
- Verbindliche Übernahmeregulierung für Auszubildende und Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende auf 30 Tage
- Ausschluss sachgrundloser Befristungen
- Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger
- Jeder Eingriff in die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung (Zusatzversorgung VBL) wird abgelehnt

- Nach Abschluss der Entgeltrunde ist das Eingruppierungsrecht anforderungsgerecht weiter zu entwickeln

Zu den Tarifgesprächen haben wir Gewerkschaften bereits mehrere Termine mit der Arbeitgeberseite vereinbart. Diese Gespräche werden am 06.03.2015, 10.03.2015 und 23.03.2015 stattfinden. Für die Spitzen- und mögliche Abschlussrunde wurde der 14.04.2015 und 15.04.2015 festgelegt.

**WIEDER UND AUCH WEITERHIN IST DIE GDP DIE EINZIGE POLIZEI-GEWERKSCHAFT, DIE AM VERHANDLUNGSTISCH SITZT.**

Heinz Schiskowsky

## HINWEISE DER GDP ZUR FAMILIENPFLEGEZEIT

Zum 01. Januar 2015 ist mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf eine günstigere rechtliche und finanzielle Absicherung für Beschäftigte erreicht worden.

Im Internet sind unter „Wege zur Pflege“ eine ganze Reihe von Informationen zu diesem Thema eingestellt worden.

Verantwortlich dafür ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hier wurden unter der Rubrik „Themen“ häufige Fragen und Antworten eingestellt, unter Adressen + Links unterschiedliche Beratungsstellen/Bürgertelefone sowie das Pflegetelefon des Bundesfamilienministeriums (030 – 20179131 Montag bis Donnerstag zwischen 09.00 und 18.00 Uhr) genannt und unter NEU seit 1.1.2015 die neuen gesetzlichen Regelungen beschrieben.

Ferner werden den Beschäftigten zu den Rahmenbedingungen zu allen drei Säulen des Gesetzes (Rechtsanspruch und Kündigungsschutz, Erweiterte Gruppe der nahen Angehörigen, den Ankündigungsfristen zum Pflegezeitgesetz und zum

Familienpflegezeitgesetz) erklärende Informationen nahe gebracht.

Ebenso hat man Zugriff auf den „Familienpflegezeit-Rechner“.

Der Familienpflegezeit-Rechner ist eine Berechnungshilfe, um Beschäftigten eine erste, auf ihre persönliche Lebens- und Einkommenssituation abgestimmte, Orientierung zu geben.

Was ist der Sinn/Hintergrund eines Familienpflegezeit-Rechners?

Nach den verbesserten gesetzlichen Regelungen gibt es wie bisher für den Akutfall bis zu 10 Tage Arbeitsfreistellung, ohne Vorankündigung, künftig jedoch mit einem Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld (etwa 90% des Nettoarbeitsentgelts).

Hier sollte man den Arbeitgeber aber unverzüglich über die Abwesenheit informieren und möglichst zeitnah Kontakt mit der Krankenkasse aufnehmen.

Für diese bis zu 10 Tagen Freistellung im Akutfall stellt der Arbeitgeber die Gehaltszahlung ein und man erhält statt-

dessen über die Kranken-/Pflegekasse des zu pflegenden nahen Angehörigen eine sogenannte Lohnersatzleistung (Pflegeunterstützungsgeld).

Das Pflegeunterstützungsgeld gibt Familien so die Möglichkeit, sich im akuten Notfall um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern und eine bedarfsgerechte Pflege organisieren zu können und finanzielle Sicherheit.

Bei absehbaren Pflegefällen sollte man sich rechtzeitig mit der jeweiligen Kranken-/Pflegekasse in Verbindung setzen, denn es gibt auch längerfristige Betreuungs- und Freistellungsmöglichkeiten.

Versicherte können eine umfassende Beratung durch die Pflegeberaterinnen und -berater ihrer Kranken-/Pflegekasse erhalten.

Diese können so das vorhandene Leistungsangebot vorstellen und unterstützend tätig werden.

Heinz Schiskowsky

## BESUCH DER LICHER BRAUEREI

### DIE KREISGRUPPE KRIPO UNTERWEGS...

Kürzlich besuchte die Kreisgruppe der Kriminalpolizei die Brauerei in Lich, die dieses Jahr ihr 160-jähriges Bestehen feiern konnte. Und wir waren dabei !!!

Nach einem etwa 10 minütigen Video über die Geschichte der Brauerei wurden wir durch die Brauereianlagen geführt. Diese Führung dauerte etwa eine Stunde, wobei weite Wege gegangen werden mussten.

Das wurde wieder ausgeglichen, da es im brauereieigenen Hardberggarten letztlich zu einer Bierverköstigung, zusammen mit einem kleinen Imbiß kam.

Auch in 2015 wird eine Brauereibesichtigung erfolgen, die am 11. November 2015 stattfinden wird.

Anmeldungen bitte frühzeitig per mail an Peter Horlacher.



## ÄPPELWOI-EXPRESS AUCH 2015 UNTERWEGS....

Am 19.05.2015 findet die die jährige Fahrt mit dem Äpfelwoi-Express statt.

Abfahrt am Frankfurter Hauptbahnhof-Südseite um 17.15 Uhr, Ankunft 19.15 Uhr an gleicher Stelle.

Die Fahrt wird 10 Euro betragen und werden vor Ort eingesammelt.

Es wird darüber hinaus selbstgemachter Äpfelwoi geben, dazu Wasser, Cola, Fanta und Knabbersachen, Hartwürstchen usw. Essen und Trinken sind im Preis inbegriffen - Spenden werden gerne entgegengenommen.

Anmeldungen bitte frühzeitig per mail an Peter Horlacher.



## WEITERE TERMINE IM JAHR 2015

10. Juni 2015  
17. Juli 2015  
12. September 2015  
15. Oktober 2015  
09. Dezember 2015

Jahreshauptversammlung der Senioren Bürgerhaus Bornheim  
Grillfest Jugendverkehrsschule Grüneburgpark  
Ball der Polizei Bürgerhaus Bornheim  
Delegiertenkonferenz Bürgerhaus Bornheim  
Weihnachtsfeier der Senioren Bürgerhaus Bornheim

# GEMEINSAMKEIT EINT!

## SOLIDARITÄT OFFEN ZEIGEN

Manchmal fallen einem viele gute Ideen ein. Man liegt relaxt auf der Couch und hört zum Beispiel Cold Play. Man schaltet ab. Oder man rennt über die Wiesen und Wege und das kilometerweit. Wir müssen ja etwas für unsere Fitness tun. Der Dienstherr fordert es ja auch von uns, dass wir Sport treiben.

Es kommen plötzlich die Geistesblitze. Zu Hause setzt man sich an den PC und schreibt los. Man setzt sich mit einem Thema auseinander. Man hinterfragt. Es geht um die Gemeinsamkeit, die eint. Dies ist jetzt aktueller als sonst.

Ich sag nur: Je suis Charly.

Und ich denke auch an die drei französischen Kollegen und an die französischen Journalisten, die durch diesen feigen Terroranschlag getötet worden sind. Die französischen Kollegen haben sich auch für die Gesellschaft eingesetzt und haben ihr Leben durch diese Terroristen verloren.

Dieses scheußliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Menschen sind nach den Anschlägen auf die Straße gegangen. Es sind Hunderttausende. Jetzt erst recht. Solidarität ist angesagt. Man ist sich einig im Protest. Man will Sicherheit in der Unsicherheit.

Auch in Zukunft kann man einen solchen Anschlag nicht vermeiden. Aber die Menschen zeigen ein Zeichen. Die Journalisten, die getötet wurden, haben von dem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht. Die Meinungen gehen auseinander. Aber man muss auch eine andere Meinung tolerieren. Aber es kann doch nicht wahr sein, dass man für eine andere Meinung mit dem Schlimmsten rechnen muss. Wo sind wir denn?

In dem Zusammenhang fand ich eine Karikatur aus Paris super. Ein kleiner Terrorist steht unten in der linken Ecke. Von rechts oben zeigen viele riesige Bleistifte in Richtung des Terroristen. Was möchte der Zeichner dadurch ausdrücken?

Mit Gewalt kann man gar nichts erreichen. Es geht auch friedlich. Manchmal reichen auch ein paar Sätze, um auf etwas aufmerksam zu machen.

Nochmals zu der Gemeinsamkeit, dem Wir-Gefühl.

Gemeinsam sind wir stark. In der Masse sind immer Menschen dabei, die sich unterscheiden. Aber das bereichert. Aber sie haben die gleichen Interessen. Es wäre doch ganz schlecht, wenn wir alle gleich wären. Dann würden wir wie-



der in so Zeiten zurückkehren, die wir nicht wollen. Es geht um Demokratie. Wir wollen mitreden. Wir wollen Veränderungen. Wir sind mündig.

Es geht um Brüderlichkeit, Freiheit, Respekt anderen gegenüber und anderen Werten. Wir sind vereint, das ist besser als wenn man allein auf die Straße geht. Durch die Masse verschaffen wir uns Gehör. Die Presse ist dann gleich zur Stelle, wenn etwas Großes passiert. Es ist nur schlimm, dass manchmal erst was passieren muss, um die Massen auf die Straßen zu bekommen.

So ist auch bei der Hessischen Polizei. Wir müssen zahlreich unseren Protest zum Ausdruck bringen, damit wir auch gehört werden.

Das ist jetzt aktueller denn je.

Wir müssen handeln, sonst handeln die da oben mit uns. Und das wollen wir nicht. Also müssen wir auch auf die Straße gehen.

Wir können es nicht akzeptieren, dass uns dieser Streichkatalog vorgelegt wird.

Inhalt: Beihilfenkürzung, Verordnung von Nullrunden, Stellenstreichung und so geht es weiter.

Ich möchte nicht wissen, welche schönen Ideen so mancher Politiker der hessischen Landesregierung noch in seiner Schublade hat.

Des halb müssen wir gemeinsam was unternehmen. Die Bürger müssen wir

ins "Boot" nehmen. Dem Bürger muss klar gemacht werden, was unsere hessische Landesregierung mit uns vor hat. In vielen Gesprächen kommt zum Ausdruck, dass der Bürger sich mit uns solidarisiert. Sie sind auf unserer Seite. Es besteht für ihn die Gefahr, dass der Dienst am Bürger durch die Polizei nicht mehr hundertprozentig garantiert ist. Die Bürger kommen zu uns.

Es wurden einige Bürgergespräche an unseren Infostand und an der Mahnwache in Frankfurt geführt.

Im alltäglichen Schichtdienst sind wir mit den Bürgern immer in Kontakt.

Da wird auch schon mal über die Situation und die Sorgen der Polizei geredet. Da gibt es auch mal den ein oder anderen Bürger, der einen Leserbrief in den Medien veröffentlicht und seine Kritik an der hessischen Regierung zur Aussprache bringt.

Es sind kleine Nadelstiche, die an unsere hessische Landesregierung gerichtet sind. Aber nur so geht es. Also demnächst gehen wir wieder auf die Straße und das vereint.

Gemeinsamkeit ein.

Und vielleicht können wir doch noch etwas Positives bewegen.

Uwe Nachtwey



# JUBILARE – EHRUNGEN

## HERAUSRAGENDE GEBURTSTAGE



## Herausragende Geburtstage

Sie stehen trotz ihres erhabenen Alters von 80 Jahren und mehr als Mitglieder in unseren Reihen. Deshalb wünscht ihnen die Gewerkschaft der Polizei – Bezirksgruppe Frankfurt – noch weitere schöne Jahre und gratuliert ganz besonders zum

### 98. Geburtstag:

Eduard Lohberger

### 94. Geburtstag:

Johann Hofmann

### 92. Geburtstag:

Edith Goger

### 90. Geburtstag:

Martha Budras

### 89. Geburtstag:

Franz Reimer

### 88. Geburtstag:

Elisabeth Schmidt

Helga Sparwasser-Sablowski

### 87. Geburtstag:

Arthur Unger

### 86. Geburtstag:

Gerhard Hirsch

Herbert Wandschura

### 83. Geburtstag:

Erna Bartsch

Manfred Kern

Anton Markard

Reinhold Stamm

### 81. Geburtstag:

Günter Klempera

Marlene Smital

### 80. Geburtstag:

Hans Hacker

Norbert Selzer

Der Vorstand der Bezirksgruppe Frankfurt wünscht allen Kolleginnen und Kollegen, die 60 Jahre und älter geworden sind bzw. noch werden, weiterhin Gesundheit, Zufriedenheit und noch viele aktive Jahre.

### Im Monat Januar hatten Geburtstag:

Michael Becker

Herbert Berneburg

Hans Boscheinen

Waltraud Dey

Hans-Joachim Döring

Reinhold Gauer

Hans Georg Heinz

Hans Hieronymus

Alexander Hoffmann

Reinhard Huber

Manfred Jahnel

Erhard Keiling

Lothar Keller

Franz-Josef Kleineidam

Kurt Klimt

Hans Jürgen Klotz

Annemarie Löffler-Früh

Alfred Möller

Ursula Moosbauer

Gunther Möschl

Karl Gunther Müschlich

Jürgen Pilkmann

Dieter Pyszko

Herbert Ratzka

Dieter Reining

Inge Röttinger

Eberhard Rumpf

Rolf Schäfer

Hans-Günter Schäfer

Volker Stengel

Solweig Stoll

Knut Stroh

Helmut Teschner

Bernhard Thomas

Josef Weichand

Norbert Wied

Axel H. Zeuner

### Im Monat Februar hatten Geburtstag:

Christoph Baluch

Margarete Brendel

Manfred Dehm

Siegfried Dorfschäfer

Monika Erbelding

Heinrich Fay

Hans-Joachim Feldmann

Hans-Werner Fleck

Heinz Wolfgang Förster

Klaus-Jörg Gisevius

Gerhard Grund

Josef Guldan

Walter Gutermuth

Joachim Heinrich

Karin Heinrich

Anni Hubl

Gerhard Kempf

Uwe Klein

Heinz Klier

Armin Kreuzer

Manfred Kunz

Waltraud Kunzi

Helmut Loos

Rudolf Mittag

Josef-Pius Müller

Hans-Günter Neeb

Sylvia Neidhart

Erhard Neumann

Helmut Schaaf

Eberhard Schmieder

Hans-Werner Schneeweis

Bernd Schuchardt

Gerhard Sigel

Raimund Stahl

Alfred Stieler  
Christine Wisler  
Walter Wobbe  
Reiner Wöhle  
Günter Wolf  
Rudolf Hans Wüst

### Im Monat März hatten / haben Geburtstag:

Ute Anwer  
Matthias Detig  
Manfred Dörner  
Klaus Fickel  
Hermann Fink  
Arthur Freitag  
Dieter Gölling  
Wilhelm Gonnermann  
Ingrid Görl  
Renate Gumbert  
Gerhard Heiliger  
Dietrich Hoffmann  
Bruno Hoffmann  
Jürgen Hofmann  
Hansgeorg Koppmann  
Heinz Peter Kroth  
Helmut Liewald  
Klaus Maier  
Monika Menden  
Alexander Meyer  
Walter Nerdinger  
Peter Reusch  
Irmgard Rotter  
Joachim Schlemminger  
Hubert Stamm  
Manfred Stefan  
Renate Vonhof  
Franz Winkler  
Otto Ziemer

### Ehrungen

Wir gratulieren zum ...

#### 65jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Edith Goger

#### 60jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Wilhelm Kraft

#### 50jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Peter Böhme  
Dieter Hofmann  
Wolfgang Kunkel  
Kurt Joachim Lüdemann  
Otto Müller  
Karl Gunther Müschlich  
Elisabeth Mützel  
Manfred Richter

Adalbert Salomon  
Hans Joachim Schlüter  
Irene Schwab  
Gerhard Stanke  
Bernhard Thomas  
Heinz Jürgen Weydmann

#### 40jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Erna Bartsch  
Martha Budras  
Elke Kaiser-Voit  
Rainer Kornet  
Georg Pauli  
Bernhard Schneider  
Stefan Weber

#### 25jährigen Gewerkschaftsjubiläum

Michael Becker  
Stefan Druleib  
Bruno Hoffmann  
Ludwig Hoß  
Anton Jagiela  
Dirk Poppelreuter  
Markus-Peter Utzig

#### 40jährigen Dienstjubiläum

Renate Linker  
Achim Schmidt

#### 25jährigen Dienstjubiläum

Manfred Brenneis

### Es traten in den Ruhestand bzw. Rente:

Herbert Berneburg  
Dieter Bindewald  
Heinz Peter Kroth  
Manfred Kunz  
Eberhard Schmieder  
Hans-Jürgen Storch  
Walter Wobbe

### Es sind verstorben:

Reinhold Stamm  
\* 28.02.1932 + 13.05.2014  
  
Rainer Pfaff  
\* 07.06.1944 + 18.10.2014  
  
Wilhelm Knieling  
\* 29.03.1938 + 03.11.2014

Hannelore Friederich  
\* 29.11.1936 + 09.11.2014

Hans-Rudi Dorn  
\* 30.03.1945 + 15.11.2014

Christian Wolf  
\* 14.02.1978 + 25.12.2014

Wilhelm Kirchgäßner  
\* 09.05.1922 + 26.01.2015

Claus-Peter Föllner  
\* 08.11.1969 + 08.02.2015

Horst Gröpler  
\* 05.03.1949 + 18.02.2015

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

### Herzlich willkommen in der Bezirksgruppe Frankfurt:

Masud Ahmed  
Raimondo Alonge  
Tina Augustin  
Gleb Belger  
Daniel Bender  
Bernd Bolbach  
Redouane Bouzidi  
Christian Büchner  
Sascha Busch  
Pia Butsch  
Stefanie Cano Garcia  
Dogan Citlak  
Waldemar Delzer  
Kathrin Diefenbach  
Coskun Durgun  
Franziska Ebel  
Alexander Egger  
Sabine Ehrhardt  
Nabil El Kadi  
Bastian Elbert  
Arzu Fesci  
Verena Fleer  
Sebastian Friedrich  
Alexander Gebhard  
Nikolai Goebel  
Rene Goll  
Tatjana Grein  
Philipp Grünwald  
Bastian Grützner  
Freddy Hain  
Stefan Haschke  
Dennis Heineck  
Andreas Heinel  
Stefan Henkel  
Sascha Herbst  
Nils Hermann

Anna Herzer  
 Valerie Heßler  
 Michael Heyer  
 Mike HilB  
 Tobias Hofmann  
 Chris Hörnberger  
 Daniel Huste  
 Florian Ingenfeld  
 Jan Jacob  
 David Jakobi  
 David Jochum  
 Anne Jureczko  
 Jens Kadagies  
 Volker Kahle  
 Christian Karasch  
 Marcel Karl  
 Patrick Keller  
 Jan Kiemes  
 Eric Klatt  
 Thimo Koch  
 Manuel Köhler  
 Maik Kräber  
 Michael Kreser  
 Carsten Krommes  
 Paula Kropp  
 Ricardo Krüger  
 Johannes Kunz  
 Moritz Leifeld  
 Jessica Lopes Mendes  
 Katja Mendrok  
 Sina Mörtl  
 Fabian Müller  
 Gunther Müller

Mario Music  
 Mareike Nannen  
 Henry Nowak  
 Sophie Opitz  
 Mikail Özmen  
 Marko Pavic  
 André Pieper  
 Janosch Pillig  
 Christian Polony  
 Fabian Popp  
 Alexander Raabe  
 Kamal Rabos  
 Steffen Reichl  
 Hannes-Falk Reyer  
 Nicolas Rippel  
 Marlen Ritz  
 Maximilian Ruckstuhl  
 Ivan Saric  
 Ralf Schäfer  
 Carina Scheel  
 Kevin Karl-Heinz Schirmer  
 Heike Schmidt  
 Nicky Schmieder  
 Christian Schmitt  
 Katharina Schuhmann  
 Christoph Schultz  
 Fitz-Patrick Schwalm  
 Jan Schwarz  
 Lena Seifert  
 Sascha Senkal  
 Gudrun Senkel  
 Babor Sidiqi  
 Thomas Sievers

Robert Sikorski  
 Gökhan Simsek  
 Michael Späth  
 Jens Otto Splittstößer  
 Johannes Sprenger  
 Simone Martina Stark  
 Norbert Thierau  
 Oliver Thomele  
 Laura Torchalla  
 Matthias Turba  
 Cüneyt Turgut  
 Florian Ulrich  
 Maurice van den Bossche  
 Sören Wagner  
 Dominik Wege  
 Andreas Wendt  
 Nils Wolf  
 Maximilian Wolf-Gorny  
 Ann-Kathrin Wülfing  
 Kaweh Zahedinour  
 Marcus Zamzow  
 Janina Zingsem  
 Carola Zülch

Anmerkung der Redaktion:

Wir alle sind Menschen und keineswegs vollkommen. Sollten wir jemand vergessen haben, bitten wir um Entschuldigung, und die oder den Betroffene/n, sich bei uns zu melden, damit wir unsere Unterlagen korrigieren können. MD

## NACHRUF

Horst Gröpler - vielen noch als freigestelltes Personalratsmitglied, Mitglied im Bezirks- und Hauptpersonalrat, den GdP-Vorständen auf örtlicher und Landesebene bekannt - ist tot.

Horst hatte 1966 bei der Hessischen Polizei als Vollzugsbeamter angefangen. Zehn Jahre später musste er wegen Polizeidienstunfähigkeit aufgrund einer Erkrankung und weil er noch nicht Beamter auf Lebenszeit war aus dem Polizeidienst entlassen werden. Gleichzeitig hat er einen Arbeitsvertrag unterschrieben und war seitdem Angestellter im Geschäftszimmer des 3. Polizeireviere in Frankfurt.



Im August 1984 wurde Horst für den Frankfurter Personalrat freigestellt.

Seitdem hat er sich in den Personalräten und GdP-Gremien unermüdlich um die Belange der Tarifbeschäftigten gekümmert. Horst hatte Ecken und Kanten und viele haben die auch zu spüren bekommen.

Aber für die Sorgen und Nöte von Kolleginnen und Kollegen hatte er immer ein offenes Ohr. Ende 2007 hat Horst noch schnell einen Altersteilzeitvertrag mit der Behörde geschlossen und ist kurz darauf bereits in die Freiphase gegangen. Nach dem Berufsleben bestimmten Ausflüge und Reisen mit dem Wohnmobil seine Zeit.



Im Herbst 2013 wurde bei Horst Krebs festgestellt. Seitdem hat er zahlreiche Behandlungen und Operationen über sich ergehen lassen. Er hat hart gekämpft, aber letztendlich hatte er keine Chance gegen die Krankheit.

Am Nachmittag des 18. Februar 2015 - 14 Tage vor seinem 66. Geburtstag - ist Horst gestorben. Er hinterlässt zwei erwachsene Söhne, eine Halbschwester, Freunde und ehemalige Kolleginnen und Kollegen, die ihn vermissen werden.

Marianne Diefenthaler

# FRIEDRICH BECKER WIRD 99 JAHRE

## EIN GANZ BESONDERER GEBURTSTAG

Eine Abordnung der GdP-Seniorengruppe besuchte Friedrich Becker einen Tag nach seinem 99. Geburtstag in seinem Haus im Hasselhorstweg 15 in Frankfurt Sachsenhausen um dem Jubilar persönlich zu diesem besonderen Geburtstag zu gratulieren.

**Friedrich Becker feierte am 23. November 2014 seinen 99. Geburtstag.**

Am diesem Tag ließ der Vorstand der Seniorengruppe den Familienangehörige von Friedrich Becker



Peter Harleß, Heinz Homeyer, und der Jubilar Friedrich Becker

den Vortritt. Friedrich feierte den Geburtstag mit seinen 2 Enkelkindern, 4 Urenkeln und den Partnern im Waldkaffee.

Am darauffolgenden Montagvormittag machten sich Peter Harleß sowie Heinz Homeyer auf den Weg um dem Jubilar ganz herzlich zu seinem 99. Geburtstag alles Gute, Gesundheit und Glück zu wünschen.

Friedrich Becker ist nach dem 2. Weltkrieg in die hessische Polizei eingetreten. In dem Gespräch berichtete er uns, dass die Streifengänge 1946/47 noch unter amerikanischer Aufsicht stattfanden. Die Streifen bestanden aus zwei amerikanischen Soldaten und einem deutschen Polizisten. Die deutschen Polizisten waren nur mit einem Knüppel ausgerüstet. Die amerikanische Aufsicht hatte aber auch einen Vorteil, es gab immer etwas zu Essen.

Die erste Dienststelle war das Revier am Schaumainkai in Frankfurt. Eine besondere Aufgabe war seine Mitarbeit bei der Errichtung der automatischen Verkehrsregelung mit der Firma Siemens. In seiner Dienstzeit lernte er auch den Kollegen Karl Moshhammer kennen.

Friedrich Becker war aber ganz besonders dem Handball bei der



Marinerettungsflieger Friedrich Becker

Polizei verbunden. Die Deutsche Meisterschaft und die Teilnahme an der Olympiade 1972 in München waren die herausragenden Ereignisse in seinem Sportlerleben. Auch nach seiner Pensionierung 1975 blieb er dem Handballsport verbunden.

Das Jahr 2014 hat es mit Friedrich gesundheitlich nicht sehr gut gemeint. Eine Herzoperation sowie ein Sturz mit dem Bruch des Beckenknochens schränken seine Beweglichkeit immer noch stark ein.

Die beiden Vorstandskollegen wünschten ihm für die weitere Zukunft alles Gute und vor allem Gesundheit, damit im Jahr 2015 sein hundertster Geburtstag gefeiert werden kann.

## 25-JÄHRIGES GEWERKSCHAFTSJUBILÄUM

Für sein 25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum im November 2014 wurde unser langjähriges Mitglied Uwe Benkert (Feldschutzkommissar bei der Stadtpolizei in Frankfurt) geehrt.

Zu diesem Anlass wurde ihm im Namen der Kreisgruppe POB Frankfurt durch den Vertrauensmann Oliver Becker für seine Treue die Urkunde mit Ehrennadel im Kollegenkreis überreicht. Darüber hinaus wurde ihm auch eine Armbanduhr übergeben.

Während seiner Tätigkeit war er unter anderem als Diensthundeführer eingesetzt und versieht seit 2002 seinen Dienst als Teamleiter bei der Task-Force.

Dem Dank für seine Gewerkschaftliche Treue und den guten Wünschen schließen sich auf diesem Weg auch die GdP-Bezirksgruppe Frankfurt ganz herzlich an.



# GEWERBE- UND GESUNDHEITSAUFSICHT

## VORSTELLUNG DES TÄTIGKEITSFELDES

*In diesem Artikel wird die Sondergruppe der Gewerbe- und Gesundheitsaufsicht mit ihren alltäglichen und auch besonderen Aufgaben vorgestellt.*

Die Gruppe setzt sich aus einer Kollegin, 16 Kollegen und einem Dienstgruppenleiter zusammen.

Innerhalb dieser Gruppe sind nur Tarifangestellte beschäftigt.

Sie versehen ihren Dienst in eigener Zivilkleidung. Von der Dienststelle werden Schuhe gestellt und Schutzausrüstungsgegenstände, wie schnittfeste Handschuhe und eine ballistische Schutzweste mit Stichschutz.

Der Kollegin / den Kollegen stehen außerdem noch Handfesseln, Pfefferspray, Teleskopschlagstock (kurz TKS) und eine Schusswaffe zur Verfügung.

Auch Armbinden zur Kenntlichmachung gehören zur Ausrüstung.

Die Grundausbildung ist die gleiche, die auch die uniformierten Kräfte in den sogenannten regionalen Dienstgruppen absolvieren (siehe den dazugehörigen Beitrag).

Für die besonderen Aufgaben innerhalb dieser Sondergruppe erhalten die Beschäftigten Unterweisungen und Seminare zu Blindenwarenvertriebsrecht, Eichrecht, Textilkennzeichnungsrecht, Warenzeichenschutzrecht, Heilpraktiker Recht, Sammlungsrecht, Orden- und Ehrenzeichenrecht.

Die Kollegin / die Kollegen **müssen** außerdem an regelmäßige Schießtrainings und spezielle Stocktrainings teilnehmen und **können** an wöchentlich stattfindendem Dienstsport und 14-tägigem Eigensicherungstraining teilnehmen.

Nach der Grundausbildung finden auch immer wieder Aufbau-, Auffrischungsseminare statt oder Kurse mit Inhalten zu Gesetzesneuerungen.

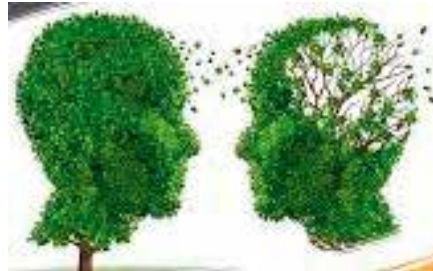
Die Kollegin / die Kollegen sind mindestens zu zweit im Außendienst.

In der Regel wird der Dienst zu normalen Tagesarbeitszeiten versehen, bei Bedarf aber auch in die Abend- oder Nachtstunden ausgedehnt oder verschoben.

Ein besonderes Aufgabengebiet sind die Maßnahmen nach dem hessischen

Freiheitsentziehungsgesetz (kurz HFEG, Gesetz über die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistesschwacher, rauschgift- oder alkoholsüchtiger Personen) und dem Infektionsschutzgesetz (kurz IFSG).

**In Bezug auf das HFEG geht es um die Überprüfung des im Gesetz benannten Personenkreises, die eine akute Gefahr für sich selbst oder andere darstellen und entsprechend unter Aufsicht gestellt werden müssen.** Oder, wenn eine zu begutachtende Person nicht eindeutig orientiert ist. Das heißt, dass die Person keine Kenntnis zur eige-



nen Person wiedergeben kann oder die örtliche oder zeitliche Orientierung fehlt.

Der Auftrag sieht in der Regel eine Unterbringung in einer geschlossenen Abteilung einer Psychiatrie vor.

Dazu erhält die Sondergruppe zuvor einen schriftlichen Auftrag von der Fachbehörde im Ordnungsamt.

Es kann aber auch vorkommen, dass eine Überprüfung wegen eines akut gemeldeten Falles notwendig wird.

Dann ist eine Rücksprache mit der Fachbehörde zwingend notwendig, die die letztendliche Entscheidung trifft.

Des Weiteren können auch Transportaufträge für Personen vorliegen, die eine entsprechende Verfügung nach dem HFEG ausgesprochen wurde. Ein Transport kann innerhalb von Krankenhäusern und deren Abteilungen notwendig werden oder in einer örtlich zuständigen Psychiatrie, was Hessenweit sein kann.

Eine andere Variante ist ein Bewachungsauftrag, wenn die mit richterlicher Einweisung belegte Person zusätzlich noch andere Krankheiten aufweist und nicht in die geschlossene Psychiatrie verlegt werden kann.

Die Anzahl der im Jahr 2013 erfassten Fälle nach dem Hessischen Freiheitsentziehungsgesetz betrug 465.

Das waren ca. 120 Fälle weniger als in 2010.

**Fälle nach dem IFSG können zum Beispiel die Ausschau nach Ratten oder Rattenlöchern sein; oder das Aufsuchen von Messie-Wohnungen, von denen eine Gefahr durch verdorbene Lebensmittel, Fäkalien, Schimmel oder Lebensmittelungeziefer ausgeht.** Nach dem IFSG werden die Kollegin / die Kollegen auch tätig, wenn ansteckende Krankheiten (zum Beispiel offene TBC, offene Krätze) bekannt sind und die betreffende Person sich nicht freiwillig in ärztliche Behandlung geben will.

Dann gehört auch der Transport dieser Person zur Tätigkeit der Sondergruppe.

Die Kollegin / die Kollegen dürfen also nicht „zart besaitet“ sein.

Die Anzahl der im Jahr 2013 erfassten Fälle nach dem Infektionsschutzgesetz betrug 317.





Auffällig ist, dass nur noch rund ein Drittel der Fälle verglichen mit 2010 festgestellt wurde.

Das „normale“ Tagesgeschäft der Sondergruppe liegt hauptsächlich in der Überwachung von Spielhallen, Wettbüros, Textilkennzeichnungsgesetz, Service Büros, Bewachungsunternehmen, Waffenhändlern, Versteigerer, Pfandleihhäuser, Gaststätten und sonstigen Gewerbebetrieben. Auch Betriebsstätten Ermittlungen machen einen großen Teil der Arbeit aus.

Die **Überwachungsanzahl von Gewerbebetrieben und Gaststätten** fiel im Jahr 2012 trotz Änderungen des Gaststättengesetzes im Vergleich zu 2010 sehr hoch aus.

Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei die sogenannte Shisha Bar.

Bei diesen Überwachungen steht die Gesundheit der Besucher im Vordergrund. Denn bei der Vorbereitung der Shishas entsteht bei der Verbrennung von Kohle giftiges Kohlenmonoxid. Gibt es keine Abzugsanlagen in den Bars, kann dies lebensgefährlich für die Besucher werden. Bei diesen Vorgängen wird die Sondergruppe des Immissionsschutzes mit eingebunden.

Zur Verdeutlichung hier noch ein paar statistische Zahlen zu den Kontrollen von Gewerbebetrieben: durchgeführte Kontrollen: 4201.

Dazu die eingeleiteten Buß- und Verwarnungsgeldverfahren: 697.



**Zur Kontrolle von Spielhallen** ist eine intensive Lichtbilddokumentation der Spielhalle notwendig. Dazu gehört auch die Kontrolle, ob die Pläne mit der Örtlichkeit übereinstimmen. Zum Teil müssen die Spielhallen aus- oder nachgemessen werden, um festzustellen, ob die Spielfläche unerlaubt verkleinert wurde, die Anzahl von Geldspielgeräten (im weiteren Text GSG benannt) aber gleich geblieben ist und somit weitere Räumlichkeiten entstanden sind, wie zum Beispiel Lagerräume.

Zur Überprüfung gehört auch die Kontrolle der GSG selbst; die Zulassung und Gültigkeit mittels der Zulassungsplakette,

die Firmierung des Geräteaufstellers, außer dieser ist gleichzeitig Spielhallenbetreiber, sowie ob die Zulassung auch an der Geräteumhausung angebracht ist; die



Anzahl der aufgestellten GSG (pro 12 qm<sup>2</sup> Spielfläche darf ein GSG aufgestellt werden, max. 12 GSG pro Spielhalle); nachmessen der Mindestabstände zwischen den GSG.

Die **Einhaltung des Hessischen Nichtraucherschutzgesetzes** wird dahingehend überprüft, das Speisen und Getränke im Raucherbereich verboten sind. Die Getränke- und Speisekarte muss gewinnorientiert sein (um „Lockangebote“ zu unterbinden).

Verbindungstüren werden ob der Möglichkeit eines Betretens / Erreichens zwischen den Spielhallenteilen geprüft. Sportwetten Terminals sind in Spielhallen untersagt. Die Personalien aller Angestellten vor Ort werden aufgenommen. Die erforderlichen Aushänge (Jugendschutz, Gewinnpläne, Spielregeln und der Suchtprävention) werden auf Vorhandensein geprüft. Auch alle weiteren Unterhaltungsspielgeräte (Billard, Dartautomat, usw.) müssen dokumentiert werden. Sollte es optisch-elektronischen Raumüberwacher und Aufnahmen geben, wird auch dies im Bericht erfasst. Dabei dürfen die Aufnahmen maximal 48 Stunden gespeichert werden. Schlussendlich findet eine Nachschau statt, ob es technische Geräte zur Abhebung von Bargeld gibt, was in Spielhallen verboten ist, aber oftmals trotzdem vorhanden.

Eine reine Spielhallenkontrolle pro Betriebsstätte dauert bis zu 2 Stunden. Dabei kommt es auf die Größe der Spielhalle(n) und der festgestellten Verstöße an.

Zur umfangreichen Sachbearbeitung auf der Dienststelle gehören:

Fertigen von Kostenblättern und Vermerken für die unterschiedlichsten Behör-

den bei festgestellten Verstößen (Brandchutz, Bauaufsicht, RP Darmstadt, BaFin (Bundesamt für Finanzen), Gaststättenabteilung und so weiter. Die Lichtbilddokumentation muss bearbeitet werden und ein Vermerk für das Kassen- und Steueramt bezüglich der Anzahl der aufgestellten GSG und deren Plakettennummern. Bei entsprechender Feststellung noch das Fertigen von Ordnungswidrigkeitsanzeigen und natürlich die Nachkontrolle.

### **Die Kontrollen bei Bewachungsunternehmen**



Auch die Bewachungsunternehmen müssen sich Kontrollen unterziehen. Dabei werden erst einmal der Firmenname selbst und der / die Inhaber aufgenommen.

Es muss eine gültige Haftpflichtversicherung vorgelegt werden, deren Versicherungssumme dokumentiert wird.

Alle beschäftigten Wachpersonen werden in einer Liste festgehalten und stichprobenartig überprüft, ob sie behördlich als solche gemeldet sind; auch insbesondere die Personen mit Waffenschein.

Weiterhin wird während der Kontrolle erfragt, ob es eine Dienstanweisung für das Wachpersonal gibt; wenn ja, ob diese zusammen mit den speziellen Unfallverhütungsvorschriften ausgehändigt wurden. Auch die Dienstaussweise, -kleidung und Abzeichen werden nach den Vorschriften der Bewachungsverordnung überprüft; die Waffenträger müssen einen gültigen Waffenschein nachweisen.

Zum Schluss wird überprüft, ob die Beschäftigten im Datenschutz unterwiesen wurden und die Buchführung und Aufbewahrung von Unterlagen der Bewachungsverordnung entspricht.

Es gibt noch weitere, spezielle Aufgabengebiete, die aber erst in einem Folgebeitrag vorgestellt werden.

Text: Ursula Wiegand

# TARIFBESCHÄFTIGTE DER STADT-/ORDNUNGSPOLIZEI

Derzeit laufen in allen Bereichen in Hessen Klageverfahren wegen möglicher Eingruppierungen in die Entgeltgruppe 9 TvÖD nach dem das BAG mit Urteil vom 21.03.2012 (AZ: 4 AZR 266/10), dem Außendienstmitarbeitern des Bezirklichen Ordnungsdienstes Hamburg auf Eingruppierung in die Entgeltgruppe stattgegeben hat.

Hier steht sinngemäß geschrieben, dass der Beschäftigte die Aufgabe hat, im Streifendienst in der Innenstadt von Hamburg alle auftretenden Ordnungswidrigkeiten und Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung festzustellen und gleichzeitig auch über die Ahndung dieser Verstöße selbst entscheidet.

Hierzu äußert sich auch der Kommunale Arbeitgeberverband und behauptet, dass die Aufgaben der Ordnungspolizisten in Hessen sich in wesentlichen Punkten vom Innenstadstreifendienst unterscheiden.

**Ich frage mich allen ernstes, was bitte soll uns hier unterscheiden, im Gegenteil, haben wir doch in unseren Bestellungen stehen, „im Rahmen Ihrer Aufgabenstellung haben sie die Aufgaben und Befugnisse von Polizeivollzugsbeamten“.**

Wir haben also wesentlich mehr Aufgaben und Befugnisse, wie Sie von Hamburg ausgesprochen sind.

Des Weiteren haben wir im Gegensatz zu Hamburg auch zusätzliche Ausrüstung mit Waffen (TKS, Pfefferspray, Frankfurt trägt zudem Schusswaffen).

Hier in Hessen werden mit der Landespolizei gemeinsame Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt, es finden gemeinsame Kontrollen im Bereich des fließenden Verkehrs (z.B. Blitzmarathon), oder Sonderkontrollen von Zweirädern im Aartal, des Schwerverkehrs und Gefahrgutkontrollen, sowie allgemeine Verkehrskontrollen statt.

In Limburg z.B. gibt es eine gemeinsame Citystreife, besetzt jeweils von einem kommunalen Kollegen und einem Kollegen der PST. Limburg.

Hier werden gemeinsam auch Straftaten verfolgt, sowie, wenn notwendig, Festnahmen durchgeführt.

Ebenso gibt es Sonderkontrollen, die durch die Stadt/ und Ordnungspolizeibeamtinnen und Beamten in Eigenregie durchgeführt werden, z.B.: Ladungssicherungskontrollen der Stadtpolizei Wiesbaden, Sonderkontrollen in Rotlichtbezirken, Gewerbeprüfer der Stadtpolizei Frankfurt und und und.

**Ich könnte diese Liste beliebig fortsetzen, sie würde kein Ende finden.**

Wir sind verlässliche Partner der Landespolizei und arbeiten Hand in Hand. Dies wird auch bei vielen Kolleginnen und Kollegen der Stationen und Präsidien anerkannt, gelebt und dies ist auch von den Bürgermeistern als Dienstherren so gewollt.

Ich habe das Gefühl, dass der Kommunale Arbeitgeberverband die Augen

vor der Wahrheit verschließt nach dem Motto, „Augen zu und durch“, doch dies, liebe Kolleginnen und Kollegen können und wollen wir nicht zulassen.

**Mit Unterstützung der GdP setze ich alles daran, für dieses Ziel zu kämpfen.**

Vielleicht sollten wir ja auch mal wieder nach dem Zitat von Peter Wittig „Wir müssen mal wieder böse werden“, hier unsere Stärke zeigen.

Denn ich kann mir kaum vorstellen, dass die Gemeinden und Städte in Hessen auf die Einnahmen, welche durch uns erbracht werden, verzichten wollen und können.

Sind wir es doch, die in den Innenstädten und Gemeinden für die Aufrechterhaltung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung unsere Frau und Mann stehen. Und in manchen Kommunen ist dies mittlerweile rund um die Uhr so.

Ein passendes Beispiel sind auch zwangsweise Räumungen oder Einweisungen nach dem HFEG oder anderweitige Zwangsmaßnahmen, die durch uns begleitet und durchgeführt werden.

**Für die sehr gute Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen in Hessen fordere ich den Kommunalen Arbeitgeberverband, sowie auch den Städte- und Gemeindebund auf, die Scheuklappen endlich von den Augen zu nehmen und der Wahrheit in die Augen zu schauen.**

Die Kommunen fordere ich auf, die Kolleginnen und Kollegen für Ihre Arbeit endlich entsprechend zu bezahlen.

Zum Schluss fordere ich auch endlich, die Kolleginnen und Kollegen im Bereich des Digitalfunks an die Polizei anzuschließen. Es dürfte ja im Zeitalter des Digitalfunks heute möglich sein, eine Gruppe zu schalten, die dann mit den jeweiligen Stationen in Verbindung treten kann.

Die Hardware muss die Kommune eh bezahlen.

Also lasst uns auch für unsere Ziele kämpfen.

Ralf Heil



# WAS IST EIGENTLICH MIT UNSERER POLITISCHEN FÜHRUNG LOS?

## DIE SORGEN IN DER POLIZEI AUS SICHT EINES FAMILIENVATERS

Was ist eigentlich mit unserer politischen Führung los?

Was haben wir Beamten denen nur getan?

Seit Jahren werden wir ausgequetscht wie eine Zitrone. Nicht nur, dass wir mit 42 Stunden die höchste Arbeitswoche haben, streicht man uns das Urlaubsgeld, was eben auch gerne als Zuschuss zum Urlaub oder für besondere Investitionen genutzt wurde, und reduziert das Weihnachtsgeld um 40%, umgelegt auf 12 Monate.

Dass das „Weihnachtsgeld“ mittlerweile ein wichtiger Bestandteil des monatlichen Einkommens und nicht mehr wegzudenken ist, brauche ich wohl niemandem erzählen.

Klar kann man jetzt sagen, ein Polizeibeamter verdient gutes Geld.

Die Frage ist aber auch immer, welchen Belastungen man ausgesetzt ist.

Ich habe ein Haus gebaut und muss eine Frau und zwei Kinder ernähren, quasi einen gewissen Lebensstandard aufgebaut. Wer regelmäßig einkauft, weiß, wie teuer Lebensmittel geworden sind, insbesondere Obst und andere gesunde Dinge.

Außerdem muss man bei einem Einkommensvergleich mit anderen Arbeitnehmergruppen klar vorbringen, welchen Belastungen wir tagtäglich ausgesetzt sind. Nicht nur, dass wir an Wochenenden arbeiten, wo all unsere Freunde Zeit für uns hätten, nein wir arbeiten auch zu Zeiten, an denen sich unsere Herren und Damen Politiker in ihr Bett legen, um den nächsten Tag ausgeruht anzugehen.

Wir arbeiten an Feiertagen, Weihnachten zum Beispiel, an denen man als Familienvater sicher besseres zu tun hat als Streitigkeiten zu schlichten.

### DIESE „AUFOPFERUNG“ FÜR DEN DIENSTHERRN WIRD MIT ALMOSEN HONORIERT.

Ein Bekannter fragte mich kürzlich, ob ich während der Feiertage Urlaub hätte. Ich sagte ihm, dass ich sowohl an Weihnachten als auch an Silvester arbeiten muss. Er meinte dann, dass ich dann ja ein Vermö-

gen verdienen würde aufgrund der Feiertagszuschläge. Als ich ihm sagte, dass ich nicht wie er in der freien Wirtschaft 150% meines Stundenlohnes erhalte, sondern magere 2,72 € schienen ihm die Augen auszufallen.

150% verlange ich auch gar nicht, denn dann ist Hessen bald pleite, aber eine angemessene Aufwandsentschädigung muss schon drin sein.

### DIE KRÖNUNG DIESER WERTSCHÄTZUNG IST NUN DIE VERFASSUNGSRECHTLICH SEHR BEDENKLICHE ABKOPPELUNG VON DER ALLGEMEINEN EINKOMMENSENTWICKLUNG.

Nullrunden warten auf uns, während die Inflation unsere Lebenshaltungskosten weiter steigen lässt. De Fakto also wieder eine Gehaltskürzung.

Nun soll auch noch die Beihilfe gekürzt werden. Wieder einmal soll auf unserem Rücken gespart werden.

Das Geld, das die Politik in sinnlose Projekte verpulvert (Stichwort Flughafen Kassel-Calden), holt man sich von den Beamten zurück.

Die Chefarztbehandlung und das Anrecht auf ein Zweibett-Zimmer sollen wegfallen. Na ja, wenn ich ehrlich bin, ein Zweibett-Zimmer hatte ich eh noch nie im Krankenhaus in Anspruch nehmen können, weil einfach keins frei war.

Aber die Chefarztbehandlung ist mir als privat Versicherter schon wichtig. Wenn ich das nachträglich versichern will, kostet mich das schätzungsweise 150,- Euro monatlich, was man so hört.

### Und da muss ich mich jetzt entscheiden, was mir wichtiger ist:

Meine Gesundheit oder die Förderung und Bildung meiner Kinder, deren Kindergartenplätze jeden Monat jeweils 100,- Euro von meinem Bankkonto verschlingen.

Mein erster Gedanke war, ob ich dann meine Kinder überhaupt noch in den Kindergarten schicken kann. Ja, natürlich werden sie weiter dort hingehen, ich kann dann nur hoffen, dass mir nie etwas zu-

stoßen wird und wenn doch, dass dann ein sehr guter Assistenzarzt auf mich wartet.

Dabei könnte man doch wirklich viel Geld bei der Polizei einsparen, ohne den Beamten ins Portemonnaie zu greifen.

Viele Stellen in der Verwaltung sind mit Beamten besetzt. A10, A11, und noch höher. Gerade habe ich eine Stellenausschreibung beim PP Frankfurt gelesen. Z4-Fahrzeugwesen. Da wird ein Beamter in der Bes.Gr. A9/A10 gesucht. Das Aufgabengebiet umfasst aber ausschließlich verwaltungsorganisatorische Aufgaben. Warum also nicht Verwaltungsangestellte einstellen? Für dieses Geld könnte man die doppelte Anzahl an Angestellten beschäftigen.

Da ist meiner Meinung nach ein großes Einsparungspotential vorhanden. Müssen denn die Fahrzeugschlüssel in der PP-eigenen Werkstatt von einem POK ausgehändigt werden? Kann das nicht auch ein Angestellter? Müssen defekte Funkgeräte von Polizeibeamten angenommen werden? Muss mein Dienst von einem Polizeibeamten geplant werden?

### FRÜHER SASS AUF DEM GESCHÄFTSZIMMER DER REVIERE EIN VERWALTUNGSANGESTELLTER, HEUTE SITZEN DORT ZWEI POLIZEIBEAMTE.

Da läuft doch einiges schief und das geht zulasten jedes Einzelnen von uns.

Ich persönlich bin von unseren Politikern völlig enttäuscht und habe mit diesen Menschen abgeschlossen. Ich glaube, so geht es vielen Kollegen, insbesondere den Älteren. Aber auch bei vielen jungen Kollegen spüre ich, wie sich die Frustration breit macht.

Ein Kollege wurde gerade in die A10 befördert und sagte mir dann, dass es für ihn ja eh die letzte Beförderung sei. Der berühmte Flaschenhals lässt grüßen.

Bei der Verantwortung, die wir tagtäglich tragen, müssen endlich mehr Stellenhebungen kommen. Wer jetzt sagt, na ja, die gabs doch schon zuletzt, den muss ich

enttäuschen, denn bei mir und meinen Kollegen im Schichtdienst ist das nicht angekommen.

Ich kenne Keinen, der in seiner Stelle angehoben wurde. Wahrscheinlich sind diese Stellen wieder in den hintersten Zimmern der Präsidien verschwunden.

Bei Kollegen, die vermutlich noch nie einen Fuß in den Streifenwagen gesetzt haben.

Mittlerweile muss man sich ja wirklich fragen, was man bei der Polizei möchte: Polizeiarbeit, wie man sie erlernt hat, oder Karriere machen.

Beides ist nahezu unmöglich.

Der Weg zur A13 ist jedenfalls im Streifenwagen wesentlich schwerer zu erklimmen als mit Lackschuhen.

**Wie heißt es so schön: Der Streifen- dienst ist das Einstiegsamt bei der Polizei. Wer was werden will, der bildet sich fort, der spezialisiert sich.**

Nun, die Basis sieht das wohl ein wenig anders. Die Schutzleute auf der Straße sind es doch tagtäglich, die als Polizei vom Bürger wahrgenommen werden.

Leider dürfen wir Polizeibeamte nicht streiken. Wie sieht das denn das EU-Recht vor? In anderen Ländern geht das nämlich.

Andererseits sind wir auch da, um dem Bürger zu helfen.

Meine Einstellung ist die, dass ich dem Bürger diene, nicht unserer politischen Führung. Und ich hätte schon arge Bauchschmerzen, wenn hilflose Menschen anrufen, die gerade Opfer einer Straftat wurden, und wir diese abweisen würden. Das geht nicht. Aber man kann seinem Protest auch anders Ausdruck verleihen.

**Die New Yorker Polizei macht es gerade vor.** Nachdem sich der Bürgermeister der Stadt New York als oberster Dienstherr von seiner Polizei distanziert hat, würdigen die Kollegen, die dort ihren Dienst versehen, eine derartige Einstellung des Bürgermeisters damit, dass sie keine Knöllchen mehr ausstellen, keine Barverwarnungen mehr machen, keine Ordnungswidrigkeiten mehr verfolgen. Das hat arge finanzielle Einbußen für die Stadt New York zur Folge.

Warum also nicht mal hier in Hessen so „protestieren“? Wer die ständig steigende Aufklärungsquote, mit der man sich vor der Öffentlichkeit so brüstet, nicht zu honorieren weiß und sich selber vormacht, man habe in Hessen die am besten ausgestattete und bezahlte Polizei, dem muss man auch mal die Augen öffnen, indem

wir unsere Arbeit auf das erforderliche Minimum reduzieren. Man sieht es ja an dem Beispiel in New York, derartige Arbeitseinstellungen schlagen hohe Wellen. Ich glaube, wenn wir die Bürger, die wegen Lappalien anrufen, abweisen würden, würden wir sicher auch irgendwann auf mehr Verständnis für unsere Forderungen bei der Bevölkerung stoßen. Es ist doch mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden, dass wir uns um Kleinigkeiten kümmern, die gar nicht unter das Aufgabengebiet der Polizei fallen.

**DIE EINFÜHRUNG DER KENNZEICHNUNGSPFLICHT IST FÜR MICH EIN WEITERES MISSTRAU- ENSVOTUM UNSERER POLITIK.**

Nicht, dass das Ganze ja auch wieder viel Geld kosten wird, man ist dem polizeilichen Gegenüber mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert.

Der normale Bürger, den ich beim Frankfurt Marathon von der Rennstrecke trenne, dem ist das doch völlig egal, wie ich heiße. Und wenn er mich fragt, dann sage ich ihm auch gerne meinen Namen.

Aber unser polizeiliches Gegenüber von Antifa und co. darf einfach keine Rückschlüsse auf meine Person ziehen dürfen. Denn diese Herrschaften sind keine Mitbürger, die ihre im Grundgesetz verankerte freie Meinung äußern wollen.

Die kommen, um Krawall zu machen, um uns mit Farbe zu beschmieren, uns zu verletzen.

Für die sind wir nichts anderes als Zielscheiben. Und gegen diese Gewalt wehre ich mich. Notfalls auch mit Gewalt. Ich bewahre trotz allem immer die Verhältnismäßigkeit. Aber wer mich angreift, muss damit rechnen, dass ich mich mit allen, mir zur Verfügung stehenden, Mitteln wehren werde.

**MEINE KINDER VERLANGEN DAS VON MIR.**

**SIE WOLLEN, DASS IHR PAPA NACH DEM DIENST AUCH WIEDER NACH HAUSE KOMMT.**

Die Folge dieser Kennzeichnungspflicht wird sein, dass man nur noch mehr zu Unrecht angezeigt wird. Sei es, dass dann sogar Straftaten vorgetäuscht werden, oder dass die Ausübung unmittelbaren Zwanges von Dritten falsch interpretiert wird.

Wie es immer ist. Man muss nur mal bei Youtube „Polizeigewalt“ in das Suchfeld eingeben. Da sind prügeln- de Polizisten zu sehen, die das arme Opfer misshandeln.

Was aber im Vorfeld geschah, will niemand wissen. Es interessiert nicht.

Fakt ist, die Polizei hat jemanden verprügelt. Das Vorurteil wurde wieder einmal bestätigt. Und dann? Dann merkt sich der völlig unbeteiligte Zuschauer einfach die Nummer des Beamten und schon hat man eine Anzeige am Hals. Dann muss man sich dazu wieder rechtfertigen. Lange Berichte schreiben. Beim Chef antanzen und erklären. Da bleibt dann natürlich nicht mehr so viel Zeit für den Bürger. Ich sehe diese Kennzeichnungspflicht ziemlich kritisch. Aber es ist wohl so gewollt. Die Grünen sind da Vorreiter und konnten ihre Forderung im Koalitionsvertrag zwischen der CDU und den Grünen durchsetzen. War wohl abzusehen.

Stimmungsmache gegen die Polizei bringt ja schließlich auch Wählerstimmen.

**ICH DREHE DEN SPIESS EINFACH UM.**

Ich selber habe keinerlei Vertrauen mehr in die Politik. Das ist alles nur noch ein Machtspiel. Versprechen hier, Versprechen dort, und nach der Wahl tritt dann plötzlich der Gedächtnisschwund ein.

Ein Landesvorsitzender der Partei „Die Grünen“, der vor der letzten Landtagswahl den Hessischen Ministerpräsidenten als Rechtspopulisten beschimpfte, und nun sein bester Freund ist, weil er eben nicht wie gewohnt in der Opposition sitzt sondern in der Regierung, ist doch das beste Beispiel dafür.

Eine Öko-Partei, die nun den Ausbau des Frankfurter Flughafens voranschreiten lässt, wogegen sie vor der Wahl noch protestiert haben. Vielmehr kann man sich nun wirklich nicht lächerlich machen.

**ICH HABE MIR DAS DAMALS ALLES ANDERS VORGESTELLT. ICH WOLLTE ALS KIND SCHON IMMER POLIZIST WERDEN, FREUND UND HELFER. STRAFTÄTER JAGEN UND WEGSPERREN.**

Nun, das bin ich geworden.

Aber die Lust an diesem Beruf wurde mir doch sehr schnell genommen.

Die Realität sieht anders aus.

Die Motivation ist am Boden.

Ich arbeite, um meiner Familie einen gewissen Lebensstandard zu bieten.

**NICHT FÜR MEINEN DIENSTHERRN, DENN DER HAT SICH SCHON VOR LANGER ZEIT VON MIR DISTANZIERT.**

VERFASSER DER REDAKTION BEKANNT

# WEIHNACHTSFEIER DER SENIOREN

## GUTE VORWEIHNACHTLICHE STIMMUNG IM SAAL

Am Mittwoch den 03. Dezember 2014 hatte der Vorstand der GdP Seniorengruppe Frankfurt zur Weihnachtsfeier eingeladen. Wie im letzten Jahr war wieder im Bürgerhaus Bornheim der Clubraum 1 angemietet und von den Ehefrauen der Vorstandskollegen weihnachtlich geschmückt worden.

Die Tische waren mit Tannengrün, sowie mit Tellern voller Weihnachtsplätzchen, festlich gestaltet worden.

Ab 14:30 Uhr war Einlass für die Seniorinnen und Senioren in den Saal. Zum Beginn der Veranstaltung um 15:00 Uhr waren die 70 Plätze im Saal bis auf den letzten Platz gefüllt.

Der Vorsitzende der GdP-Seniorengruppe, Heinz Homeyer, war erfreut über die große Anzahl von Seniorinnen und Senioren die der Einladung gefolgt waren und begrüßte sie herzlich zu der Weihnachtsfeier. Der frisch gebrühte Kaffee und die Weihnachtsplätzchen taten ein weiteres zu der guten Stimmung im Saal.

**An dieser Stelle den Ehefrauen, die die Tische geschmückt haben, nochmals vielen Dank für die geleistete Arbeit.**

Als Ehrengäste konnte Heinz Homeyer Pfarrer Christian Wahner, aus dem Polizeipräsidium den Leiter Einsatz, Herrn Harald Schneider, von der GdP den Landesvorsitzenden Andreas Grün, den Landesseniorenvorsitzenden Harald Dobrindt und von der Bezirksgruppe Frankfurt Karin Schäfer, Wolfgang Link, Petra Moosbauer und Marianne Diefenthäler begrüßen.

Der Frankfurter Polizeipräsident, Gerhard Bereswill, musste leider wegen eines anderen Termins kurzfristig seine Teilnahme absagen.

Nach der Begrüßung und einer Gedenkminute für die im abgelaufenen Jahr verstorbenen Mitglieder, erfolgte ein kurzer Bericht des Vorsitzenden über die Aktivitäten der Seniorengruppe im Jahr 2014. Hier seien nur die Mitgliederversammlung, der Ausflug, die Sitzungen und die Beteiligungen an Demonstrationen und Aktionen der GdP genannt.

Nach der Einleitung durch den Vorsitzenden ging es weiter mit einer weihnachtlichen Geschichte, die Pfarrer Christian Wahner vortrug und damit eine weihnachtliche Stimmung im Saal erzeugte.

Den gewerkschaftlichen Bericht gab der neugewählte Landesvorsitzende Andreas Grün ab. Durch die vorgesehenen Kürzungsmaßnahmen der Landesregierung für die Landesbediensteten viel der Bericht nicht sehr positiv aus.

Die Landesregierung aus CDU und Bündnis die Grünen machen auch vor der Polizei in ihrem Sparwahn nicht halt. Es sollen weitere 147,5 Stellen im Tarifbereich gestrichen werden.

Schon durch die Stellenstreichungen bei der „Operation dunkle Zukunft“ wurde der Tarifbereich bei der Polizei so geschwächt, dass ein geordneter Ablauf in der Verwaltung nur noch durch den Einsatz von Polizeivollzugskräfte gewährleistet werden konnte.

Weitere Stellenstreichungen führten nur zu einem weiteren Einsatz von Polizeivollzugskräften in der Verwaltung. Für das Jahr

2015 wurde eine Besoldungsrunde für den Beamtenbereich durch die Landesregierung vorgesehen. In den folgenden Jahren bis 2019 soll die Besoldung im Beamtenbereich jährlich nur um 1% steigen. Bei der Beihilfe, die kein Geschenk der Landesregierung für die Polizeibeschäftigten ist, sondern der Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung, soll eine Einsparung in Höhe



von 20 Millionen Euro jährlich erfolgen. Der Überstundenberg ist in den letzten Jahren auf fast 3 Millionen angewachsen. Dies vor dem Hintergrund von einer zunehmenden Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei, der Feuerwehr und den Hilfs- und Rettungsdiensten. Weiterhin kommt es zu einem Zuwachs von Aufgaben für die Polizeibeschäftigten. Wer hier noch von einer Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit der Polizei durch die Politik spricht, sollte sich auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen. Zum Abschluss seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, sich an Demonstration am 15. Dezember 2014 in Wiesbaden zu beteiligen und der Landesregierung zu zeigen „Es reicht – wir wehren uns“!

Es folgte eine Weihnachtsgeschichte vom stellvertretenden Vorsitzenden, Siegfried Heck, in Frankfurter Mundart vorgetragen, die für eine Abwechslung und einem Lachen bei vielen der Anwesenden sorgte.

Da der Polizeipräsident, Gerhard Bereswill verhindert war, gab der Leiter Einsatz, Harald Schneider, einen Überblick über die polizeirelevanten Ereignisse des ablaufenden Jahres.

Mehrere Tötungsdelikte zum Jahresanfang sorgten für einen erheblichen Arbeitsaufwand. In der Presse fanden der Doppelmord im Landgericht und der Mord im Rockermilieu großen Widerhall.

Die Sprengung des Uni-Turmes war durch die Absperrungen und Räumung von Wohnungen die nächste Herausforderung für die Polizei. Die kapitalismuskritischen Demonstrationen gegen die EZB durch Blockupy erforderten einen großen Personaleinsatz. Die Maßnahmen der Polizei wurden teilweise sehr kritisch bewertet. Letztendlich werden die Gerichte entscheiden müssen in wieweit die Demonstrationen friedlich waren und ob die polizeilichen Maßnahmen den Gesetzen entsprochen haben. Auch der Israel-Gaza Konflikt strahlte nach Frankfurt aus. Mehrere Demonstrationen von unterschiedlichsten Gruppierungen mussten durch die Polizei begleitet werden. Eine weitere Herausforderung war und ist die Beobachtung und Überwachung der gewaltbereiten Salafismusanhänger in Frankfurt.



Um im Bereich des Fahrraddiebstahls bessere Erfolgszahlen zu erreichen wurde eine zentrale Ermittlungsgruppe eingerichtet. Der zunehmende Trick- und Taschendiebstahl im Innenstadtbereich wurde mit einer operativen Einheit beim 1. Revier begegnet. Auch die Zusammenlegung des 8. und 9. Reviers war ein Kraftakt.

Laut Herrn Schneider wird auch das Jahr 2015 eine große Herausforderung. An dieser Stelle sei nur die Einweihung der EZB die IAA und der zentrale Gedenktag der deutschen Einheit in Frankfurt erwähnt.

Auf Grund der vorangeschrittenen Zeit konnte der Landesseniorenvertreter Harald Dobrindt nur einen kurzen Abriss über die Arbeit der Landesseniorengruppe abgeben. Hier seien nur die Seminare in Tann in der Rhön genannt, die von den Seniorinnen und Senioren gut angenommen werden.



Nach den Vorträgen erfolgte die Ehrung von Seniorinnen und Senioren für ihre langjährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft.

Alle Jubilare waren vom Vorstand mit einer persönlichen Einladung angeschrieben worden. Nicht alle konnten an der Veranstaltung teilnehmen, da sie durch andere Termine oder Krankheiten leider absagen mussten.

**Der Vorstand wird die Urkunden in den nächsten Wochen den Jubilaren die nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnten zukommen lassen.**

Folgenden Mitgliedern wurden die Urkunde mit Nadel und ein Weinpräsen durch den Landesvorsitzenden Andreas Grün und dem Vorstand der Seniorengruppe Frankfurt überreicht.

#### 60 Jahre GdP-Mitgliedschaft

- Herbert Klutz
- Rudolf Hans Wüst

#### 50 Jahre GdP-Mitgliedschaft

- Paul Auth
- Reinhold Wötzold
- Willi Schwab
- Gerhard Hirsch

#### 40 Jahre GdP-Mitgliedschaft

- Dagobert Schulz
- Klaus Peter Kistner
- Horst Wolf

So verging ein sehr harmonischer Nachmittag mit vielen Gesprächen und Erinnerungen vergangener Erlebnissen.

Viele Gäste waren voller Lobes für die Weihnachtsfeier und bekundeten die Absicht zur nächsten Veranstaltung der GdP-Seniorengruppe wieder zu erscheinen.

Text u. Fotos Heinz Homeyer

## EINLADUNG ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER SENIORENGRUPPE FRANKFURT

Am: 10. Juni 2015

Beginn: 14:30 Uhr

Ort: Bürgerhaus Bornheim, Clubraum 1, Arnsburger Str. 24, 60385 Frankfurt

### Tagesordnung:

- |    |                          |
|----|--------------------------|
| 1. | Begrüßung                |
| 2. | Totenehrung              |
| 3. | Annahme der Tagesordnung |
| 4. | Bericht des Vorsitzenden |
| 5. | Bericht des Kassiers     |
| 6. | Bericht der Kassenprüfer |
| 7. | Sonstiges                |
| 8. | Schlusswort / Ende       |

Mit gewerkschaftlichen Grüßen  
Heinz Homeyer – Vorsitzender



# WOHNEN MUSS BEZAHLBAR SEIN

## UNTERSCHRIFTENAKTION DES DGB

In der Dezemberausgabe wurde ein Artikel veröffentlicht, der sich mit der Problematik: „Wohnen in Frankfurt“ beschäftigt hat. Vom DGB Stadtverband Frankfurt am Main wurde der Frankfurter Aufruf unter dem Motto: „Wohnen muss bezahlbar sein“ gestartet. Im Mai 2015 wollen die Initiatoren des Aufrufs den Stadtpolitikern eine große Anzahl von Unterschriften, die sich mit dem Aufruf solidarisch erklären, übereichen. Wir bitten Sie den Aufruf zu unterzeichnen und den Gewerkschaften, zu der auch die GdP zählt, zukommen zu lassen. Vielleicht können Sie auch einige Nachbarn für die Aktion gewinnen.

Vielen Dank im voraus von der GdP-Seniorengruppe Frankfurt.

Unsere Postanschrift lautet:

Gewerkschaft der Polizei, Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt

## Frankfurter Aufruf: Wohnen muss bezahlbar sein!

In Frankfurt am Main sind bezahlbare Wohnungen auch für Normalverdiener knapp. Familien mit Kindern, Alleinerziehende, ältere Menschen, Studierende und Auszubildende finden in unserer Stadt kaum noch Wohnungen, die sie sich leisten können. Zusätzlich steigen Strom- und Heizkosten. Die Gefahr droht, dass immer mehr Menschen wegen der zu hohen Mieten aus der Stadt verdrängt werden. Diese Entwicklung muss gestoppt werden.

### Daher fordern wir:

**Bestehende Mieten müssen begrenzt werden, das gilt auch bei Neuvermietungen. Ziel ist ein Stopp der Mietpreisentwicklung.**

**Modernisierungsmaßnahmen dürfen nicht zu Mieterverdrängungen führen.**

**Die städtischen und unter Beteiligung der Stadt geführten Wohnungsunternehmen dürfen Mieten nur um einen symbolischen Beitrag erhöhen.**

**Der Genossenschaftswohnungsbau muss gestärkt werden. Wohnungsbauunternehmen in kommunaler Hand müssen im Auftrag der Stadt Wohnungen mit bezahlbaren Mieten bauen.**

**Alle Instrumente, die auf eine sozialverträgliche Steuerung des Wohnungsmarkts abzielen, sind auszuschöpfen. Dazu gehören: Erhaltungs- und Milieuschutzsatzungen für alle bedrohten Stadtgebiete und dortige Anwendung des Vorkaufsrecht der Stadt.**

**Wir fordern, die Stadt zu ermächtigen, für Milieuschutzgebiete einen Stopp gegen Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen einzuführen.**

**Einbeziehung sämtlicher Bestandsmieten bei der Erstellung des Mietspiegels, Verbot des Leerstehen-Lassens von Wohnraum sowie der Umwandlung von Wohn- in Büroraum. Bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist die Frist bei Eigenbedarfskündigung wieder auf 10 Jahre zu verlängern.**

DGB Stadtverband Frankfurt am Main; DMB Mieterschutzverein Frankfurt/Main e.V.; Initiative Zukunft Bockenheim; Interessenverband Mieterschutz e.V.; Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.; Mieterberatung Frankfurt e.V.; Mieterbund Frankfurt e.V.; Mieterverein Hoehster Wohnen e.V.; Nachbarschaftsinitiative Nordend-Bornheim/Ostend; Sozialpolitische Offensive Frankfurt, Stadtversammlung der Frankfurter Katholiken; VdK KV Frankfurt; AWO KV Frankfurt; Aktionsbündnis für bezahlbaren Wohnraum; Kolpingwerk im Diözesanverband Limburg; Bildungsstätte Anne Frank; EVG Ortsverwaltung Frankfurt; GdP Bezirk Frankfurt; GEW Bezirksvorstand Frankfurt; IG BAU Bezirksverband Rhein-Main; IG BCE Bezirk Rhein-Main; IG Metall Verwaltungsstelle Frankfurt; NCG Region Rhein-Main; ver.di Bezirksvorstand Frankfurt am Main und Region; Frankfurter Jugendring; AStA Frankfurt University of Applied Sciences Frankfurt am Main.

Ich unterstütze diesen Aufruf an die Politik:

(bitte bis 1. März 2015 zurück an untenstehende Adresse oder die unterstützenden Initiativen und Verbände)

Name:

Adresse:

Unterschrift:

V.i.S.d.P.: DGB Stadtverband Frankfurt am Main, Harald Fiedler, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main, Fax: 069-27 30 05-79, e-mail: Frankfurt-Main@dgb.de

# KLAUSURTAGUNG JUNGE GRUPPE BUND

## ZIELE GEMEINSAM ERREICHEN

„Ziele gemeinsam erreichen“

Unter diesem Motto fand am Anfang des Jahres die erste diesjährige Sitzung des geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes, in der Landessportschule Brandenburg – Lindow, vor den Toren Berlins statt.

Inhaltlich beschäftigte sich das Gremium mit der Nachbereitung des Bundeskongress, welcher im November 2014 stattfand.

Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend und die Ausgestaltung der Junge Gruppe Seminare 2014/2015 standen auf der Tagesordnung.

Auch die Weiterführung der Arbeitsgruppe, des erfolgreichen Junge Gruppe Projekts „Auch Mensch“, wurde erörtert und bereits für das 1. HJ 2015 beschlossen.

Das traditionelle Steckenpferd der Jungen Gruppe – die Planung und Durchführung von Veranstaltungen – nahm einen Großteil der Sitzungszeit in Anspruch. Für das Jahr 2015 war die inhaltliche wie auch planerische Gestaltung der Zentralen Arbeitstagung (ZAT) – der JUNGEN GRUPPE vom 13.-15. April in Berlin, der Deutsch-/evangelische Kirchentag vom 04.-06. Juni 2015 in Stuttgart und der fast zeitgleich zum Kirchentag stattfindende G7/G8 Gipfel in Bayern, Thema.

Für den G7/G8 Gipfel, sieht sich die Junge Gruppe im Rahmen der Einsatzbetreuung als wichtigen Unterstützer der bayrischen GdP-Kolleginnen und Kollegen, bei einer der größten Einsatzlagen der deutschen Polizeigeschichte.



Abendliche Debatte des JUNGE GRUPPE BUND Vorstandes mit dem Bundestagsabgeordneten Frank Tempel (DIE LINKE)

Perspektivisch wurde für 2017 im Rahmen der Sitzung die Planung eines Treffens der Jugendorganisationen der Polizei Gewerkschaften auf europäischer Ebene ins Auge gefasst. Die Planungen hierzu werden in einer noch zu konstituierenden AG Europa stattfinden.

Am Abend des 2. Sitzungstages gab es im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung eine Diskussionsrunde mit Frank Tempel (Die Linke) – Mitglied im deutschen Bundestag. Thema war die aktuell wieder aufkommende Legalisierungsdiskussion von Betäubungsmitteln. Frank Tempel der vor dem Einzug in den Bundestag selbst Polizeibeamter war und in seiner Fraktion Fachmann und Antreiber dieser Diskussion ist, bat die GdP-Jugendorganisation um eine inhaltliche Debatte. Der Vorstand der JUNGEN GRUPPE Bund um Bundesjugendleiter Torsten Rohde und dem Bundesjugendvorsitzenden Kevin Komolka initiierte diese Diskussion im Rahmen der Klausur des geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes um für das in der 2. Jahreshälfte geplante Symposium zum selbigen Thema, organisiert und durchgeführt durch die GdP Mutterorganisation, inhaltlich und argumentativ vorzubereiten und als JUNGE GRUPPE an dem geplanten Symposium entsprechend mitwirken zu können.

Die JUNGE GRUPPE ist in und zu vielen unterschiedlichen Themenbereichen aktiv und bemüht die Interessen von euch – den jungen Kolleginnen und Kollegen gut zu vertreten. Ihr alle seid hierbei eingeladen an den von der JUNGEN GRUPPE BUND (GdP) organisierten Seminaren teilzunehmen und damit tolle Bildungsangebote zu tagesaktuellen Themen welche uns alle betreffen und interessieren sollten, zu befassen.

Für all diejenigen unter euch die sich angesprochen fühlen an der Meinungsbildung und gewerkschaftlichen Arbeit aktiv mitzuwirken und sich selbst einzumischen, somit Einblicke zu gewinnen die euch sonst verwehrt bleiben, bietet sich die genannte Zentrale Arbeitstagung (ZAT) im April in Berlin an. Diese steht unter dem Motto: „Die Polizei der Zukunft – Tendenzen, Herausforderungen und Perspektiven“.

„Ziele gemeinsam erreichen“ – bedeutet hierbei Bundesländerübergreifendes Zusammenwirken von jungen gesellschaftspolitisch interessierten und engagierten Menschen, die gemeinsam stark sind. Trau dich und mach doch auch mit, getreu dem Slogan der Jungen Gruppe „Misch dich ein!“.

Christoph Möhring  
Mitglied des geschäftsführenden  
Bundesjugendvorstand





# PERSONALVERSAMMLUNG

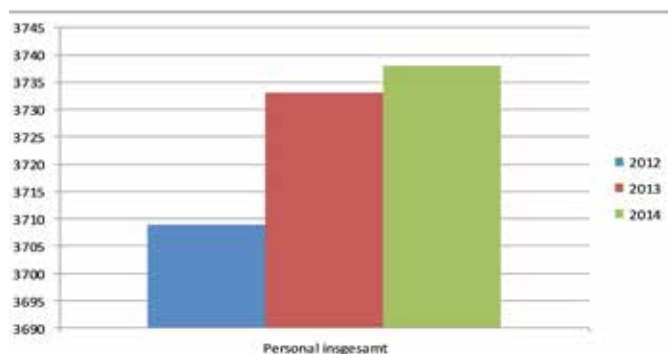
## TÄTIGKEITSBERICHT VOM 05.02.2014 – 11.02.2015

Zu Beginn unserer Personalversammlung wurde den Kolleginnen und Kollegen gedacht, die im Berichtszeitraum verstorben sind.

Die Personalsituation der Frankfurter Polizei hat sich vermeintlich verbessert. Im Jahre 2013 hatten wir 3.733 Bedienstete, im Jahre 2014 waren es 3.738. Die Zahl setzt sich wie folgt zusammen: 3.210 Beamtinnen und Beamte, 522 Tarifbeschäftigte sowie 6 Auszubildende. Folglich hätten wir 5 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter mehr als 2013, was aber so nicht richtig ist. Dem Polizeipräsidium Frankfurt wurde nämlich komplett das Schutzkonzept Flughafen übertragen, so dass wir aus den Polizeipräsidiën Südhessen und Südosthessen insgesamt 34 Stellen (durch teilweiser Teilzeitbeschäftigung 38 Tarifbeschäftigte) erhalten haben. Stellt man die vermeintlich 5 Beschäftigten mehr den Zugängen aus dem Bereich der Wachpolizei gegenüber, so hat Frankfurt einen Personalabgang von 29 Stellen.

### GESAMTZAHL DES PERSONALS BEIM POLIZEIPRÄSIDIUM FRANKFURT

Zudem waren zum Stichtag 31.12.2014 beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main



- 41,399 Stellen für Vollzugsbeamtinnen und –beamte
  - 4,263 Stellen für Verwaltungsbeamtinnen und –beamte und
  - 31,406 Stellen für Tarifbeschäftigte unbesetzt.
- Insgesamt also 77,068 Stellen

### UNBESETZTE STELLEN BEIM POLIZEIPRÄSIDIUM FRANKFURT

15 Polizeivollzugsbeamte wurden 2014 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand versetzt.

Derzeit sind 8 Beamte vorläufig des Dienstes enthoben (suspendiert).

### MUTTERSCHUTZ /ELTERNZEITEN

2014 befanden sich 47 Beamtinnen und 7 Beschäftigte in Mutterschutz. In reiner Elternzeit befinden sich aktuell 78 Beamtinnen und Beamte sowie 7 Beschäftigte.

Eine Teilzeitbeschäftigung während der Elternzeit (bis zu 30 Stunden) üben 63 Beamtinnen und Beamte sowie 2 Beschäftigte aus. 30 Beamtinnen und Beamte sind derzeit heimatnah in Elternzeit mit Teilzeit beauftragt.

### BEFÖRDERUNGEN

Wie schon im letzten Bericht ausgeführt, konnten auch 2014 alle Beamtinnen und Beamte in die A 10 befördert werden, die die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllten. Wir hoffen, dass das auch weiterhin so bleiben wird und nicht wieder eine Benachteiligung des PP Frankfurt eintritt.

Die Beförderungen teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gruppe	April 2014			Oktober 2014		
	Schupo	Kripo	Gesamt	Schupo	Kripo	gesamt
A 8	3		3	1		1
A 9 m.D.	3		3			0
A 10	70	4	74	102	14	116
A 11	13	6	19	18	8	26
A 12	5	2	7	10	3	13
A 13	2	1	3	5	3	8
<b>Gesamt</b>	<b>96</b>	<b>13</b>	<b>109</b>	<b>136</b>	<b>28</b>	<b>164</b>

Außerdem wurde 1 Verwaltungsbeamtin in die A 10 befördert. Darüber hinaus konnten mit Wirkung vom 01. August 2014 = 3 Überleitungen vom mittleren in den gehobenen Dienst und vom 01. Oktober 2014 = 4 Überleitungen vom gehobenen in den höheren Dienst erfolgen.

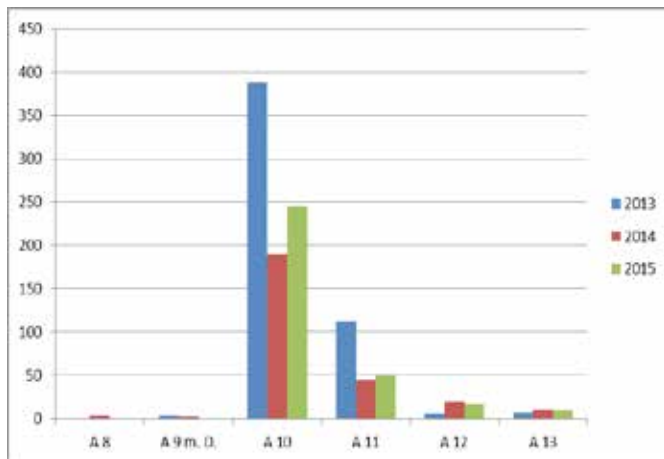
### ANZAHL DER BEFÖRDERUNGSMÖGLICHKEITEN 2015:

Folgende Beförderungsmöglichkeiten aus Fluktuationen (einschließlich der Nachfolgebeförderungsmöglichkeiten) stehen der hiesigen Behörde vorbehaltlich noch weiterer Personalmaßnahme derzeit zur Verfügung:

Bes.-Gruppe	April 2015	Okt. 2015	Gesamt
	A 10	ca. 115	ca. 130
A 11	33	17	50
A 12	8	9	17
A 13	6	4	10
<b>Gesamt</b>	<b>ca. 162</b>	<b>ca. 160</b>	<b>ca. 322</b>

Der Vollzug dieser Maßnahmen ist vorbehaltlich der Beschlussfassung des Haushaltsgesetzgebers zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015. Die Verabschiedung des Landeshaushaltes 2015 ist nicht vor Februar 2015 zu erwarten.

## GRAPHISCHE DARSTELLUNG DER JÄHRLICHEN BEFÖRDERUNGEN VON DEN BESOLDUNGSGRUPPEN A 8 BIS A 13



### KRANKENSTAND 2013/2014

Bei V 3 ist eine Auswertung der Krankheitsdaten in SAP möglich. Allerdings kann die Auswertung aufgrund der notwendigerweise zugrundeliegenden IZEMA-Daten, die per Schnittstelle in das SAP-System gelangen, frühestens 2,5 bis 3 Monate nach dem Ende des gewünschten Auswertezitraumes durchgeführt werden. Deshalb haben wir die Krankheitsdaten für das 1. und 2. Halbjahr 2013 sowie für das 1. Halbjahr 2014 erhalten. Die tabellarische Aufbereitung beinhaltet den prozentualen Anteil pro auswertbare Organisationseinheit kombiniert mit dem dortigen Durchschnittsalter. Wir konnten feststellen, dass der Krankenstand in Frankfurt zwischen 7,35 und 7,4 % liegt, der Altersdurchschnitt liegt nach wie vor beim Polizeipräsidium Frankfurt bei 40 Jahren. Damit hat das PP Frankfurt ein sehr niedriges Durchschnittsalter, d.h. bei uns arbeiten sehr viele junge Menschen. Was die einzelnen Dienststellen betrifft, gibt es unserer Meinung nach keine Auffälligkeiten. Die Prozentzahlen werden durch einzelne Dauerkrankte nach oben und nach unten beeinflusst.

### KUREN

2014 wurden 35 Kuren (32 Sanatoriumsaufenthalte und 3 freie Heilkuren beantragt und bewilligt.

### TARIFBESCHÄFTIGTE

#### Wachpolizei/Höhergruppierungen

Urteil BAG vom 21.03.2012 - 4 AZR 266/10 und Arbeitsgericht Berlin vom 31.05.2013, 60 Ca 12446/12 - Höhergruppierung in die EG 9 TV - H (vglb. Streifenfötigkeit)

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat aufgrund einer Klage von Ordnungsdienstmitarbeitern der Stadt Hamburg in Sachen Eingruppierung von Außendienstmitarbeitern im Sinne der Klöger entschieden. Es wurde bestätigt, dass die in den Stellenbeschreibungen aufgeführten Tätigkeiten zu einem Arbeitsvorgang „Streifenfang“ zusammengefasst und die betreffenden Bediensteten dementsprechend höhergruppiert werden müssen.

Aufgrund dieses Urteils liegen mittlerweile von fast allen in Frage kommenden Wachpolizistinnen und Wachpolizisten des Polizeipräsidiums Frankfurt entsprechende Anträge auf Höhergruppierungen nach Entgeltgruppe 9 TV - H vor.

Es wurde eine Arbeitsgruppe im Ministerium eingerichtet. Diese hat zunächst festgestellt, dass es sehr unterschiedliche Aufgaben gibt, die in Hessen von Wachpolizistinnen und -polizisten wahrgenommen werden. Es stößt aber auf allgemeines Unverständnis, dass sich die Juristen im Ministerium so viel Zeit mit ihrer rechtlichen Würdigung ließen. Das Urteil ist für einen Laien relativ eindeutig. Für die Entscheidungsträger im Ministerium offenbar auch; denn nur so ist es zu erklären, dass die Umsetzung des Urteils so lange herausgezögert wurde. Es wird augenscheinlich alles versucht, um dieses Urteil nicht umsetzen zu müssen. Diese Annahme hat sich dann durch Erlass vom 27. Januar 2015 bestätigt, weil das LPP in diesem Erlass mit sehr schwammiger Begründung versucht darzulegen, dass das LPP das Bundesarbeitsgerichtsurteil nicht so anerkennt. Was ist in Hessen los? Die Juristen der Abteilung I im HMdLU hatten in einem anderen Fall das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes nicht angenommen und stellen dieses in Zweifel. Jetzt setzt das Landespolizeipräsidium Hessen noch eines drauf und zweifelt ein Bundesarbeitsgerichtsurteil an. Wir alle hatten bereits in der Schule und später in der Ausbildung auch, etwas von Gewaltenteilung gehört. Deshalb können wir als Personalrat, wie auch unsere vielen Wachpolizistinnen und Wachpolizisten, nicht nachvollziehen, wieso die Exekutive die Judikative in Frage stellt! Ist da etwa an uns Demokraten etwas vorbeigegangen und wir haben nicht wahrgenommen, dass in Hessen mittlerweile alle Gewalten in einer Hand sind oder es keine Gewaltenteilung mehr gibt?

Wie schon eingangs erwähnt ist die **Schutzkonzeption Flughafen** dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main übertragen worden. Das war konsequent und richtig. Hierzu wurden insgesamt 38 Wachpolizistinnen und Wachpolizisten aus den Präsidien Süd- und Südosthessen nach Frankfurt versetzt und in die Org.-Einheit D 200/Objektschutz integriert. Die Wachpolizistinnen und -polizisten haben bei der Erstellung ihres Schichtdienstmodells mitgewirkt und sich mehrheitlich auf ein 4-Schichtmodell mit programmierter Freischicht im Turnus von allen 12 Wochen geeinigt, wie es zu Zeiten der 38,5-Stundenwoche bei den Beamtinnen und Beamten der Vollzugspolizei auf den Wechsel-schichtdienststellen schon praktiziert wurde.

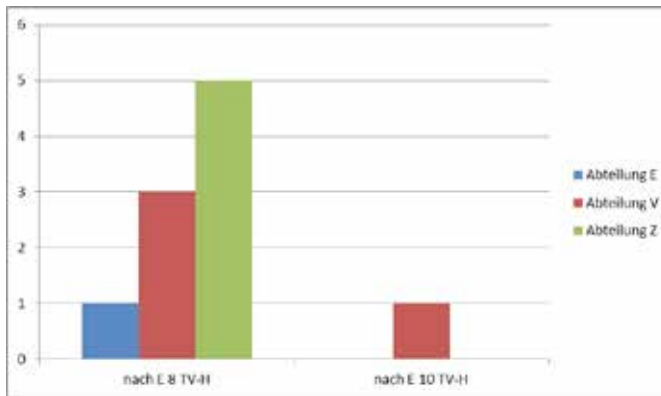
### PERSONALABBAU IM TARIFBEREICH

Abbau von 147,5 Stellen in den nächsten 5 Jahren hessenweit, also jährlich 29,5 Stellen im Bereich der Polizei. 2014 wurden die Stellen für 2015 gemeldet und – das waren 3, die Frankfurt mit einbringen muss.

### ANZAHL DER HÖHERGRUPPIERUNGEN GESPLITTET NACH VERGÜTUNGS-GRUPPEN BEI E, V, Z.

Höhergruppierungen	Abt. E	Abt. V	Abt. Z
nach E 8 TV-H	1	3	5
nach E 10 TV-H		1	
Gesamt	1	4	5

## HÖHERGRUPPIERUNGEN IM TARIFBEREICH 2014



## VERSETZUNGEN/VERSETZUNGSERLASS

Im Jahre 2014 gab es  
im Vollzug:

- 153 Versetzungen innerhalb Hessens
- 12 Versetzungen in andere Bundesländer oder zur Bundespolizei gemäß § 15 BeamtStG, davon 1 Härtefall

bei der Wachpolizei:

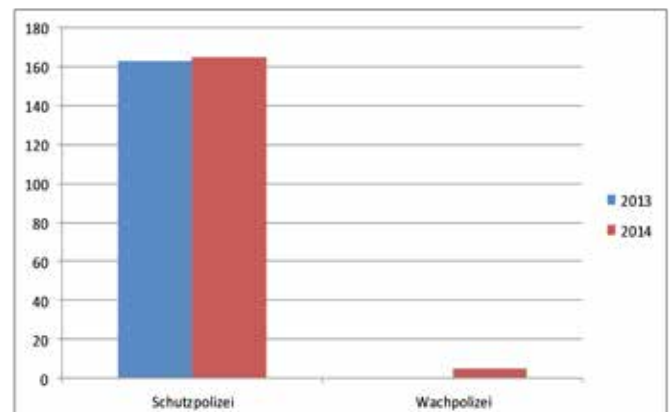
- 39 Versetzungen nach Frankfurt
- 5 Versetzungen zu anderen Behörden innerhalb Hessens.

Die Versetzungen beim Vollzug sind nach wie vor eine erhebliche Belastung für das PP Frankfurt. Zwar hat sich das Problem der Mitgaben der Stellen (A 10) durch das Hebungsprogramm zunächst gelöst. Wie die obigen Zahlen zeigen, verlieren wir jedoch jährlich das Personal von drei mittleren Polizeirevieren. Da in fast allen Fällen Kolleginnen und Kollegen versetzt werden, die schon Berufserfahrung haben, diejenigen die zu uns kommen, jedoch in der Regel Berufsanfänger sind, haben wir ein erhebliches „demografisches“ Problem. Uns fehlen die erfahrenen Polizistinnen und Polizisten, die als Praxisausbilder oder Streifenführer die Berufsanfänger anleiten und begleiten können. Die wenigen, die uns geblieben sind, haben die erheblichen Doppelbelastungen schon seit Jahren zu tragen, weil den PK-A's, die nach Frankfurt kommen, das praktische „Know-How“ fehlt. Diese Belastung macht mittlerweile auch bei der KD nicht mehr halt. So kamen insgesamt 21 KK-A nach Frankfurt die ausgebildet werden wollen. Also werden diesen Berufsanfängern 21 erfahrene Ermittler aus der KD zur Seite gestellt, so dass 42 Beamtinnen und Beamte nicht vollwertig eingesetzt werden können, was schon eine erhebliche Belastung darstellt. Als ob das jedoch nicht schon genug wäre, wurden weitere 9 Berufsanfänger nach Frankfurt gegeben, um diese für die Praxis fit zu machen und für andere Präsidien auszubilden. Also sind weitere 18 Kolleginnen und Kollegen nicht vollwertig einsetzbar. Bei der Größe der KD Frankfurt mit mehr als 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind somit fast 10% nicht mehr für ihr eigentliches Aufgabengebiet einsetzbar. Hier liegen erhebliche Systemfehler bei der Einrichtung der Studien-/Bachelorklassen vor, die letztendlich der Einzeldienst in Frankfurt ausbaden muss. Eine solche Last müssen alle schultern und nicht nur das Präsidium mit der größten Belastung.

Daher wäre es sehr wichtig, die Attraktivität des PP Frankfurt zu erhöhen. Es ist nicht hinnehmbar, dass eine Versetzung finanziell eine Beförderung aufwiegt, aber der Stellenkegel die hohen Le-

benshaltungskosten im Rhein-Main-Gebiet nicht berücksichtigt. Ein Schritt in die richtige Richtung war das Hebungsprogramm 2013, das zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in die A 11 BBO brachte. Leider wurde mit dem Hebungsprogramm jedoch nicht versucht, die Ungleichheiten in Hessen zu beseitigen. Hier muss dringend etwas geschehen. Eine Abfrage des Ministeriums im November hat ergeben, dass auch bei der Verteilung der DGL- und VDGL-Stellen Frankfurt hinten an steht. Wir sind das größte Präsidium in Hessen, haben doppelt so viel Personal wie andere Flächenpräsidien, aber der Anteil der DGL in den Besoldungsgruppen A 11 und A 12 ist nahezu gleich.

## VERSETZUNGEN IM BEREICH DER VOLLZUGS- UND DER WACHPOLIZEI



## BEHÖRDLICHES GESUNDHEITSMANAGEMENT

Die Gesundheitstage 2014 fanden am 30.9. und 1.10.2014 statt. Der Schwerpunkt lag bei dem Komplex „Herz & Kreislauf“. Es konnten diverse Untersuchungsangebote, wie eine Herzsonographie, Nutzung der „Weltraumliege“, Kreislaufbelastungstest und Blutdruckmessungen durchgeführt werden.

Hinzu kamen der Infomarkt und Vorträge zum Schwerpunktthema.

Es wurden 570 Kolleginnen und Kollegen über 55 Jahren mit Informationen zur Darmkrebsvorsorge angeschrieben. Es fand ein Vortrag zur nichtärztlichen Versorgung von Sportunfällen statt. Das Gesundheitssportangebot konnte weiter ausgebaut werden. Dank der Hilfe des Sozialrings beim PP Frankfurt konnte eine professionelle Zumba-Trainerin verpflichtet werden.

Die Kinderbetreuungseinrichtung des Polizeipräsidiums, die Dornbuschküken, erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Die Plätze für 1 bis 3-jährige Kinder werden durch die Beschäftigten des PP gut nachgefragt.

Auch die Ferienspiele, hier werden Kinder von 4 bis 12 Jahren in den Ferien durch den Verein KiBiz betreut, werden rege nachgefragt.

## AUSBLICK 2015:

Für 2015 wird das Schwerpunktthema der Gesundheitstage die „inneren Organe“ sein. Als Termin sind der 13./14.10.2015 geplant. Weiterhin soll eine Vortragsreihe gestartet werden. Ein wichtiges Thema hierbei werden Informationen für pflegende Angehörige sein.

Des Weiteren ist geplant den Arbeitskreis Gesundheit ins Leben zu rufen. Dabei soll das Wissen aller, die im weiteren Sinne mit dem Thema Gesundheit befasst sind, gebündelt werden.

## BEM

Im Jahr 2014 erfüllten erstmals 312 Beschäftigte die Voraussetzungen für ein BEM. Dazu kamen noch 118 Beschäftigte, die erneut kontaktiert wurden, sogenannte Wiederholer.

113 Beschäftigte haben im Jahr 2014 am BEM teilgenommen (Stand 12.1.15). Die Zahl wird sich ggf. noch erhöhen, da noch nicht alle kontaktierten Beschäftigten aus den Monaten November und Dezember 2014 geantwortet haben.

Die genaue Statistik für das Jahr 2014 (analog der Statistik 2013) kann erst im Frühjahr 2015 erstellt werden.

## BEGEHUNGEN

Wir konnten in den vergangenen Jahren oft von Mängeln bei einzelnen Dienststellen berichtet. Darauf werden wir in diesem Jahr verzichten. Die lange Liste ist allen bekannt und jeder könnte einzelne Mängel benennen. Der Personalrat nahm auch in diesem Jahr regelmäßig an Begehungen teil. Gravierende Mängel wurden zeitnah im Monatsgespräch mit der Behördenleitung besprochen. Hierbei sollte besonders erwähnt werden, dass sich der Arbeitsschutz in besonderem Maße bei den Begehungen einbringt und auch der Arbeitsmediziner vom MAS sein Übriges dazu beiträgt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechende Arbeitsplätze vorfinden. Es konnte vom Arbeitsschutz darauf hin gewirkt werden, dass auch regelmäßig eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des HI bei den Begehungen zugegen ist, wie es in anderen Präsidien schon lange der Fall ist. Hilfsbereit ist der Arbeitsschutz auch, wenn es darum geht, auf den Revieren Sporträume einzurichten. Dabei können diese Räume zusammen mit Arbeitsschutz, Gebäudemanagement und der Abt. Zentrale Dienste jeweils zeitnah übergeben werden.

## ERFAHRUNGSSTUFEN

Nachdem im 2. DRModG festgelegt wurde, dass die Stufen aus dem ehemaligen Besoldungsdienstalter in Erfahrungsstufen umgewandelt werden, traten Benachteiligungen zu Tage, die bei der Entstehung dieser Stufen niemand vorhergesehen hat. Offenbar betrifft das aber nur die Beamtinnen und Beamten bei Justiz und Polizei. So werden die Kolleginnen und Kollegen durch die neuen Erfahrungsstufen, auf das gesamte Arbeitsleben gesehen, um Beträge in teilweise hohen 5-stelligen Bereich benachteiligt. Nach Aussagen des Ministers und des Staatssekretärs war das so nie beabsichtigt, so dass eine Hotline ins Leben gerufen wurde, die sich um jeden Einzelfall gekümmert hat und auch noch kümmert.

## ÄRZTLICHER DIENST

Im August 2013 wurde die Zentralisierung des Ärztlichen Dienstes beim Bereitschaftspolizeipräsidium gegen den Widerstand der Personalräte vollzogen. Was man aber schlicht vergessen hatte war, dass man zwar den Personalräten eine Vorlage bezüglich der Organisationsänderung gemacht hatte, aber über das Personal nach Gutsherrenart entscheiden wollte. Hier haben wir erheblichen Widerstand geleistet. Wir hatten die Versetzungen und die damit verbundenen Konsequenzen für die Betroffenen umfassend mit der Behörde erörtert. Wir hatten eine Teilpersonalversammlung durchgeführt und auch der LPP hat mit den Betroffenen und dem Personalrat gesprochen. Nach allen diesen Gesprächen haben wir die Versetzung der Beschäftigten abgelehnt. Auch der Hauptpersonalrat hatte die fehlende Zustimmung zur Umsetzung der Maßnahme nicht ersetzt, so dass Sache letztendlich in der Einigungsstelle noch einmal vor-

gebracht wurde. Wie nicht anders zu erwarten, endete dieses Einigungsstellenverfahren zugunsten des LPP und gegen die Beschäftigten. Was den Teilnehmern des Hauptpersonalrates und des örtlichen Personalrates allerdings zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt war ist die Tatsache, dass bereits seit dem 01.01.2011 die Vorschrift 2 der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV Vorschrift 2) in Kraft gesetzt wurde. Nur wenige Wochen nach dem Einigungsstellenverfahren waren Mitglieder des Hauptpersonalrates Teilnehmer an einem Erfahrungsaustausch der Hauptpersonalräte in Hessen, bei der Unfallkasse Hessen in Frankfurt. Unter anderem referierte dort ein Mitarbeiter aus dem Ministerium, der bekanntgab, dass im Rahmen eines Kabinettsbeschlusses vom 03. Juni 2013 die Landesverwaltung zunächst an einem bis 31.12.2014 befristeten Modellversuch teilnehmen wird. So gut, so schön – was macht das Landespolizeipräsidium, das auch zur Landesverwaltung gehört und genau wie die anderen Resorts aus dem Innenministerium in solchen Fällen beauftragt und angewiesen wird? Entgegen den Vorgaben, dass pro Mitarbeiter 1,2 Stunden im Jahr für die betriebs- bzw. polizeiärztliche Grundversorgung in Anrechnung zu bringen sind, wurden alle Ärzte zum Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium versetzt. Bei 3.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Frankfurt wären dies (bei dem Multiplikator 1,2) 4.400 Stunden für die Grundversorgung in Anrechnung zu bringen gewesen. Das heißt im Klartext, dass 2,5 Stellen für Ärzte, bei einer 42-Stundenwoche, in Vollzeit beim Polizeipräsidium Frankfurt angesiedelt werden müssten. Tatsache ist aber, dass ein Betriebsarzt an einem Tag in der Woche dem Polizeipräsidium für 4 Stunden zur Verfügung steht. Die restlichen 4 Stunden verbringt er bei den vorgeschriebenen arbeitsmedizinischen Begehungen. Der gleiche Sachbearbeiter des Innenministeriums, der bereits die Hauptpersonalräte auf die DGUV Vorschrift 2 hingewiesen hatte, teilt am 23. Oktober 2014, wegen vorhandener Zuständigkeit, allen Resorts mit, dass es nicht mehr möglich ist, Zeiten für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen auf die Einsatzzeiten der Grundbetreuung anzurechnen. Ergo kommen zu den 2,5 Stellen für das Polizeipräsidium Frankfurt noch weitere hinzu. Im Einigungsstellenverfahren wurden diese Informationen von den teilnehmenden Personalräten, als auch von dem Vorsitzenden der Einigungsstelle, bewusst oder auch unbewusst ferngehalten. Wie wäre dieses Stufenverfahren wohl ausgegangen, wenn alle Informationen vorgelegen hätten. Laut DGUV Vorschrift 2 fehlen im Bereich der Polizei hessenweit nahezu 20 oder auch mehr Ärzte, alleine in Frankfurt mindestens 3.

## BEIHILFE

Als ob die Ankündigung zur Änderung der Beihilfeverordnung nicht schon genug wäre, hat unser Innenminister in seinem Mitarbeiterbrief zu diesem Thema das Fass bei den Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Frankfurt zum Überlaufen gebracht. Täglich gehen beim Personalrat Missfallsbekundungen zu diesem Thema ein, da die Verschlechterungen in diesem Brief so dargestellt werden, als ob die politisch Verantwortlichen uns was Gutes wollten, und wir durch die geplanten Verschlechterungen eine finanzielle Besserstellung erfahren. Zitat aus dem Brief: „Für Diejenigen, die sich dafür entscheiden, die Wahlleistungen nicht entsprechend selbst nachzuversichern, führt die geplante Änderung dagegen sogar zu monatlichen Beitragseinsparungen“. Abgesehen davon, dass die Wertschätzung der Polizeibediensteten mittlerweile gegen null geht, fühlen die

Kolleginnen und Kollegen sich durch diesen Brief des Ministers schlichtweg „veräppelt“!

### ZUSAMMENLEGUNG 8. UND 9. POLIZEIREVIER

Nachdem ursprünglich nur geplant war, das 8. Polizeirevier von Grund auf zu renovieren und sanieren, weil dort über 60 Jahre hinweg nur das notwendigste getan wurde, hat eine Arbeitsgruppe nach Möglichkeiten gesucht, die Arbeitsbedingungen zu optimieren. In Zusammenarbeit mit Mitarbeitern vom 5. Revier, 8. Revier, 9. Revier, Direktion Süd, OPE Süd, MIT und der Abteilung Einsatz wurde dann, nach einer über einem Jahr andauernden Renovierungszeit, eine Möglichkeit gefunden, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in zufriedenstellenden Arbeitsverhältnissen unterzubringen. Nachdem die Direktion Süd und MIT aus dem Gebäude des 8. Reviers in das Gebäude des ehemaligen 9. Reviers und die OPE in das Gebäude des 5. Reviers eingezogen waren, konnten aufgrund der nunmehr bestehenden Raumressourcen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des 9. Reviers in der Offenbacher Landstraße endgültig einziehen. Das wiederum eröffnete, aufgrund der mittlerweile großen Dienstgruppen, die Möglichkeit die Wertigkeiten der DGL und V-DGL anzuheben, was auch sukzessive so umgesetzt wird.

### ZUSAMMENLEGUNG 14. UND 15. POLIZEIREVIER

Ebenfalls aus einer Not heraus ist die Idee geboren worden, die Reviere 14 und 15 zusammen zu führen. Feuerwehr und Polizei müssen noch in diesem Jahr ihre Dienststellen aufgeben, weil das Objekt in der Nordweststadt total saniert wird. Auf der Suche nach einem geeigneten Objekt ist das HI fündig geworden und konnte eine Immobilie in Nähe des neuen Haus des Jugendrechts anmieten. Dieses Gebäude ist allerdings von den Raumkapazitäten für eine Dienststelle alleine viel zu groß, so dass in Erwägung gezogen wurde, das 15. Revier mit einziehen zu lassen, weil auch dort schon seit Jahren ein Raumproblem besteht. In einer bereits durchgeführten Pressekonferenz hat der Polizeipräsident bereits die Pläne mitgeteilt, die Direktion Nord, die OPE, MIT, das 14. und das 15. Revier in dieses Gebäude zu integrieren. Allerdings sollen die Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger beibehalten werden. Angedacht ist hierbei ein Modell wie „Schutzmann vor Ort“.



### HAUS DES JUGENDRECHTS

Wie eine endlose Geschichte mutet die geplante Eröffnung des „Haus des Jugendrechts Nord“ an. Nachdem sich HdJR in Frankfurt Höchst bewährt hat, wurde schon vor langem beschlossen, diese Einrichtung auch im Frankfurter Norden zum festen Bestandteil werden zu lassen. Was aber niemand während der Planung ahnen konnte war, dass sich die Unterzeichnung des Mietvertrages als so schwer gestalten wird. Mittlerweile ist aber alles unter Dach und Fach und Frankfurt wird in Zukunft mit zwei HdJR vertreten sein, um effektiver und effizienter die Straftaten auf diesem Sektor bearbeiten zu können.

### BODY-CAM

Das Erfolgsmodell „Body-Cam“ hat dazu geführt, dass die Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Frankfurt in erheblichem Maße zurückgegangen sind. Die Beiden, die nicht unerheblich an der Einführung der Body-Cam beteiligt waren, nämlich Oliver Heß (D 408) und Michael Roesner (Z 2) wurden am 28.11.2014 von Innenminister Beuth für ihre innovative Idee öffentlich ausgezeichnet. Mittlerweile haben



andere Bundesländer, ja sogar benachbarte andere Staaten die Idee aufgegriffen.

### SOZIALRING DER POLIZEI

Im vergangenen Jahr hat der Sozialring wiederum zwei Seminare „Leben nach der Berufsarbeit“ ausgerichtet. Die Seminare waren mit insgesamt 45 TeilnehmerInnen gut besucht. In den Abschlussgesprächen mit den Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmern wurde deutlich, dass hier sehr viel für die Bewältigung des weiteren Lebensweges vermittelt werden konnte. Für den einen oder anderen bot das Seminar eine große Hilfestellung für sich und seine Familie beim Wechsel in den Ruhestand. Dabei ging der Sozialring bei der Gestaltung der Seminare neue Wege. Ein Seminar wurde noch einmal am alten angestammten Veranstaltungsort in Bad Orb durchgeführt. Dass die Kritik der letzten Seminare durchaus ernst genommen wurde, zeigt sich daran, dass das zweite Seminar in Oberaula durchgeführt wurde. Vom Ambiente und den Angeboten her ist das genau das, was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollen.

Auch in diesem Jahr ist wieder ein Seminar vorgesehen, das im August stattfinden wird. In diesem Zusammenhang sei noch mal auf die Konditionen hingewiesen. Herzlich willkommen sind alle Kolleginnen und Kollegen, die zeitnah in den Ruhestand versetzt werden oder schon in den Ruhestand versetzt wurden. Darüber hinaus sind auch die jeweiligen Lebenspartnerinnen oder -partner sehr gerne als Teilnehmer willkommen. Der Kostenanteil für die Teilnehmer beläuft sich auf jeweils 50,00 € pro Person für Seminargebühren/Übernachtung und Vollpension. Das Seminar dauert fünf Tage und wird zum überwiegenden Teil vom Sozialring finanziert.

Wie auch schon in den vergangenen Jahren hat sich der Sozialring um Kolleginnen und Kollegen gekümmert und sie unterstützt, wenn sie in Not geraten waren. Dazu gehört die materielle Hilfe, aber auch die Vermittlung von Kontakten zu Hilfseinrichtungen oder eine Schuldnerberatung.

Die Mittel des Sozialrings setzen sich ausschließlich aus Spenden und zugewiesenen Bußgeldern zusammen. Ein Teil der Spenden stammt aus den auf den Revieren aufgestellten Spendendosen. Hiermit möchten wir den engagierten Kolleginnen und Kollegen auf den Revieren danken, die die Aufstellung von Spendendosen für den Sozialring möglich gemacht haben.

Text: Wolfgang Link,

Foto: Thomas Jüngl